

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Fürststraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Tafelstraße 11, sowie durch alle Ausleger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägertohn = 0,50 Rmt. monatlich 1,76 Rmt. + 35 Pf. Trägertohn = 2,10 Rmt. Durch die Post einzfl. Zustellungsgebühr: 2,46 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 3852.
Bankkonto: Dank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fl. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Verzeitsammlungen und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das heißt Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Fürststraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Anbehangt eingekaufte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Riesenblamage des Völkerbundes.

Die Abrüstungskommission vertagt sich ohne positiven Arbeitsplan. Antrag auf Einberufung der Abrüstungskonferenz abgelehnt.

Genf, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend vormittag marschierten Frankreich, Polen, England, Japan, Chile und Belgien auf, um sich gegen Bernstorffs Vorwurf, daß man sein Wort vom vorigen Dezember breche und keine positive Arbeit geleistet hätte, zu wehren. Dabei blieb man auf Vertagung bestehen und lehnte einmütig auch den deutschen Antrag, den Rat mit der Einladung der Abrüstungskonferenz zu beauftragen, ab. Man machte gleichzeitig viele Worte, um den Eindruck zu verwickeln, daß Deutschland und Rußland in dieser Tagung allein für eine praktische Arbeit eingetreten seien und alle anderen Länder dagegen. Das Sin und Her entfaltete die von Frankreich am Freitag gemachte geheimnisvolle Mitteilung über direkte Flottenverhandlungen als einen Bluff. Sowohl Japan wie Italien erklärten, daß sie an solchen Verhandlungen nicht beteiligt seien. Mit der Feststellung des Vorstehenden, daß die überwiegende Mehrheit die Einberufung der Abrüstungskonferenz ablehnt, schloß die Vortragsung, nachdem sich Litwinow noch für die Einberufung der Konferenz erklärt und einen endgültigen Beschluß über seinen zweiten Vorschlag verlangt hatte.

Der neue Teilsabrüstungsplan, den die Sowjetdelegation der Vorbereitenden Abrüstungskommission am Sonnabend überreichte und der in der Debatte von dem Franzosen und dem Polen ablehnend gestreift wurde, ist politisch unklar und geschäftlich aufgebaut. Die Westmächte werden demgegenüber nicht nur nicht auf dem Standpunkt der Abrüstung, sondern auch nicht auf dem Standpunkt der Offenlegung der Gas- und Gasapparate, weitestgehende Gelände- und Kampfwagen, Bombenflugzeuge und Flugzeugmutter-schiffe. Wie der Besäuerler Vertrag sehr genau die Stärke der Armeen und ihrer Bewaffnung fest, wobei die Staaten nach der Größe in vier Gruppen geteilt sind. Er verlangt weiterhin wie die Friedensverträge völlige Offenheit der Rüstungen und ihre Nachprüfung durch eine Militärkontrolle, schreibt genaue Munitionsbestände vor und legt Tonnagezahl und Neubauten der Kriegsschiffe fest. Die Rüstungsbeschränkungen sind in Gruppen, aber insgesamt in zwei Jahren durchzuführen. Die Abrüstung geht nicht so weit, wie die der Friedensverträge. Eine bestimmte Anzahl von Flugzeugen, von mittleren Geschützen und sogar U-Booten werden Armeen gelassen.

Genf, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Die fünfte Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission schloß am Sonnabend mit einer gegen Deutschland und Rußland angenommenen Vertagungsresolution. Graf Bernstorff gab daraufhin unter größter Spannung eine Erklärung ab, in der er an die lange Geschichte der Abrüstungsarbeit des Völkerbundes erinnerte und bedauerte, daß sich die Kommission in hartem Gegensatz zu ihrem früheren einstimmigen Beschluß der zweiten Lesung gesetzt habe. Das bedeute keinen Fortschritt, sondern einen Leerlauf der Arbeit. Die im Besäuerler Vertrag niedergelegten Verpflichtungen verlangten getreulich die allgemeine Abrüstung. Nicht Deutschland habe die Völkerbundsabmachung und die Friedensverträge entworfen. Beide seien aber jetzt unterzeichnet und feierlich ratifiziert und müßten deshalb auch ausgeführt werden. Das hätten die Organe des Völkerbundes wiederholt anerkannt. Leider seien alle diese Mahnungen vergeblich geblieben, und das Arbeitstempo der Kommission zeige einen beklagenswerten Rückgang an Schärfe. Wie lange die deutsche Regierung diese Unfruchtbarkeit der Kommissionsarbeiten mit ansehen werde, sehe dahin. Angesichts des Scheiterns des fünften Wiederum ergebnislosen Tagung rüffe Deutschland Verzicht an die Völkerbundsabmachung im Herbst einzulegen. Sie werde als Bewahrerin des Ansehens des Völkerbundes entscheiden müssen, ob die Kommission zu immer neuen erfolglosen Tagungen sich zusammenfinden soll.

Litwinow stellte dagegen mit höflichem Schagen fest, daß die Kommission feststelle, daß der Völkerbundsvertrag keine vollständige Abrüstung zulasse und man als Anhänger der absoluten Entwaffnung also am besten dem Völkerbund fernbliebe. Trotzdem werde Rußland als Nichtmitglied wie bisher jede Gelegenheit ergreifen, um an der Abrüstungsarbeit teilzunehmen. Die höhere Verantwortung für die Erfolglosigkeit der bisherigen Arbeit bestehe jedoch die Mehrheit der Kommission. Die vom Vorsitzenden vorgelegte Vertagungsresolution wurde von der Kommissionsmehrheit noch verächtlicher. Ursprünglich war in ihr gesagt, daß die nächste Tagung auf jeden Fall vor der nächsten Sondersversammlung stattfinden sollte. Auf Einwände von Amerika, England und der Tschechoslowakei hin wurde statt auf jeden Fall „wenn möglich“ gesetzt, eine Veränderung, der sich auch Frankreich anschloß. Die erste Fassung sprach weiter davon, daß der russische Totalabrüstungsvorschlag dem Ideal der Menschlichkeit entspräche. Selbst dieser platonische Passus wurde auf politischen Wunsch gestrichen. Kanada verlangte den Verzicht auf einen Hinweis über die Notwendigkeit von Sanktionen. So blieb eine Resolution übrig, die befragt, daß die russischen Pläne der Totalabrüstung und Teilabrüstung und der deutsche Antrag auf detaillierte Veröffentlichung der Rüstungen den Regierungen zur Verfügung übergeben werden und der Präsident nach hundert Tagen eine neue Tagung zur zweiten Lesung der Kommissionsentwürfe einberufen soll.

Auf Antrag von Chile beschloß die Abrüstungskommission, Brasilien zur Mitarbeit in der Kommission einzuladen.

Ein Vertagungsmanöver Englands.

Genf, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Delegierte in der Abrüstungskommission überreichte am Sonnabend den Delegierten der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Japans und Italiens einen kritischen Vorschlag zu einer weiteren Einschränkung der Schlachtschiff-Flotten und zwar soll die Höchsttonnage der Schlachtschiffe von 35 000 auf 30 000 Tonnen herabgesetzt werden, das Höchstalter ihrer Kanonen von 16 Zoll, wie in Washington bestimmt, auf 13,5 Zoll und die in Washington auf 20 Jahre festgesetzte Lebensdauer auf 26 erhöht werden.

Der Vorschlag soll zweifellos den Eindruck des deutschen und russischen Vorgehens in England abschwächen. Praktisch ist er ziemlich bedeutungslos. Die Hauptfragen der Seeabrüstung, die Begrenzung der Kreuzer- und U-Boot-Flotte, berührt er nicht.

Leon Blum sagt den Franzosen die Meinung.

Paris, 26. März. (Eigener Funkbericht.) Der „Populaire“ enthält heute angeblich des Mißerfolges der Genfer Abrüstungskonferenz einen entsetzlichen Artikel von Leon Blum. „Es ist ganz gleichgültig“, schreibt er, „bei welchem Ende man das Problem der Friedensstabilisierung anpackt, ob man mit der Abrüstung oder mit der Sicherheit beginnt. Aber es müßte unbedingt etwas Praktisches geschehen, damit das Ziel bald und voll erreicht werde.“

Aus Berlin wird uns zu diesem Ergebnis der Genfer Verhandlungen geschrieben:

Die abermalige Vertagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission bedeutet nicht nur für den Abrüstungs-, sondern sogar für den Völkerbundsgedanken überhaupt einen ersten Schlag. Die militäristischen wie die völkerverständlichen Gegner des Völkerbundes werden nunmehr mit schärferem Spott denn je die Genfer Institution überschütten. Wir Sozialdemokraten sind uns dieser Gefahr bewußt, aber wir werden uns durch diesen Rückschlag schon deshalb nicht entmutigen lassen, weil wir seine Ursachen klar erkennen.

Die Wahrheit ist, daß nicht der Völkerbund als solcher schuld an dieser neuen Vertagung ist, sondern die Regierungen der maßgebenden Länder, die im Völkerbund eine führende Rolle spielen, tragen dafür die Verantwortung. Die Außenpolitik steht, weil in den wichtigsten Staaten der Welt die innerpolitischen Entscheidungen entweder bevorzugen oder in absehbarer Zeit zu erwarten sind. In Frankreich wird in vier, in Deutschland wird in acht Wochen das Parlament neu gewählt. In England versucht zwar die konservative Regierung die Wahlen hinauszuziehen, aber lange wird sie nicht mehr gegen den Willen der Mehrheit des Volkes regieren können. In den Vereinigten Staaten von Amerika sind die Vorbereitungen für die Präsidentschaftswahl im kommenden Herbst ebenfalls schon im vollen Gange. Von diesen großen innerpolitischen Entscheidungen hängt auch die Außenpolitik dieser Länder und damit auch der ganzen Welt wesentlich ab. Deshalb will man sich noch nicht festlegen, weder in der Frage der Rheinlandräumung noch in der Frage der Abrüstung.

Unter diesen Umständen muß man sich fragen, ob es taktisch klug war, daß gerade der deutsche Vertreter in der Abrüstungskommission darauf bestand, daß die zweite Lesung des Abrüstungsentwurfes noch jetzt, also noch vor den Wahlen vorgenommen wurde. Es war vielleicht überhaupt ein Mangel an Voraussicht, daß auf Betreiben gerade des deutschen Vertreters die Kommission sich im Dezember darauf festgelegt hatte, diese zweite Lesung unbedingt schon im März vorzunehmen. Um so größer ist natürlich die Enttäuschung darüber, daß dieses feste Versprechen vom Dezember durch das Datum der Mehrheit nicht eingehalten worden ist. Aus dieser Enttäuschung werden nun die Gegner der Völkerbundsabmachung Kapital zu schlagen versuchen. Man wird ihnen aber immer wieder entgegenhalten müssen, ob sie in der gegenwärtigen Zeit ein wirksameres Friedensinstrument kennen als es der jetzige Völkerbund mit allen seinen Mängeln ist.

Deutschland befindet sich nun in der nicht sehr angenehmen Lage, daß es überstimmt worden ist. Das wäre an sich nicht schlimm. Bedenklich ist aber, daß es überstimmt wurde mit Hilfe von kleinen und neutralen Staaten, die an sich durchaus mit dem deutschen Völkerverständlichen sympathisieren und die deutsche Forderung einer beschleunigten Abrüstung unterstützen. Diese Ländervertreter sagten sich: Viel schlimmer als eine neue Herausforderung wäre die Einberufung einer Konferenz, die infolge der noch klaffenden großen Gegensätze zum Scheitern verurteilt wäre. Die Menschheit lehnt sich seit Jahrhunderten nach Abrüstung, da kommt es auf weitere sechs Monate oder sogar auf ein weiteres Jahr Wartezeit nicht so sehr an. Wenn aber die endlich zusammengetriebene Konferenz ausfällt, dann wäre das

für den Abrüstungsgedanken und sogar für den Völkerbund eine Katastrophe, deren logische Folge neuer Rüstungswahnsinn und neues Völkergemehl wäre.

Man mag diesem vorsichtigen Standpunkt zustimmen oder nicht, letzten Endes bleibt die Tatsache bestehen, daß sich Deutschland in eine eigenartige Situation selbst hineinmanövriert hat. Es hat sich diesmal nicht als Mittler zwischen Ost und West betätigt, sondern es hat den russischen Plan einer sofortigen Gesamtabrüstung demonstriert, obwohl es wußte, daß dieser Plan in der gegenwärtigen Zeit keine Aussicht auf Annahme besaß, nur agitatorischen Zwecken diene und daher praktisch wertlos war. Dieses enge Zusammengehen Deutschlands mit der Sowjetdelegation hat starkes Befremden in Frankreich, England und vielen neutralen Staaten hervorgerufen. Ob mit der Taktik des Grafen Bernstorff dem deutschen Volk ein praktischer Dienst geleistet wurde, muß daher bezweifelt werden.

Kr. Wir können den vorstehenden Ausführungen, die offenbar die Meinung der führenden Außenpolitiker unserer Partei wiedergeben, nicht in vollem Umfange zustimmen. Auch wir hätten es freilich für einen Fehler, daß im Dezember die deutsche Regierung nicht so viel Uebersticht über die Gesamtlage gehabt hat, daß sie für eine Vertagung der vorbereitenden Abrüstungskommission bis nach den in diesem Frühjahr in den Hauptvölkerbundsstaaten stattfindenden Wahlen eintrat. Denn schon die erste Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission hatte gezeigt, daß, solange die noch gegenwärtig im Amt befindlichen Regierungen in Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Amerika usw. am Ruder sind, die Verhandlungen über die Abrüstungsfrage nicht vorwärts zu treiben sind. Denn diese Regierungen sind nun einmal Vertreter der eigentlichen imperialistischen und militaristischen Gruppen in diesen Staaten. Nachdem dieser Fehler nun aber einmal gemacht war, scheint es uns in der heutigen Situation nicht so falsch zu sein, zusammen mit Rußland dieser Hauptmilitärmächten der Erde in der Abrüstungsfrage einmal gründlich die Zähne zu zeigen, zumal das auch die Konsequenz der früheren Haltung Deutschlands ist. Es ist aber besser, in seiner Politik konsequent zu bleiben, als dauernd hin und herzuschwanken, wenigstens lassen nicht Schwankungen taktisch notwendig sind. Außerdem aber scheint uns die gegenwärtige Haltung Deutschlands z. B. den Vorteil zu haben, daß den innerpolitischen Gegnern dieser Regierungen bei den bevorstehenden Wahlen sehr wirksames Agitationsmaterial gegen die Imperialisten und Militaristen geliefert wird. Es kann unseres Erachtens z. B. den französischen Sozialisten gar kein größerer Dienst im Wahlkampf geleistet werden, als daß man ihnen auf diese Weise eine neue zugkräftige Wahlparole gibt. Gewiß, es mag richtig sein, daß für den Augenblick Deutschlands Beziehungen zu den Westmächten durch dieses Verhalten nicht gerade verbessert worden sind, da die gegenwärtig im Amt befindlichen Regierungen das Verhalten Deutschlands natürlich als für sie außerordentlich unangenehm empfinden werden. Aber von diesen gegenwärtig im Amt befindlichen Regierungen ist doch wohl überhaupt nicht mehr viel für Deutschland zu erwarten. Im Gegenteil, es liegt gerade in Deutschlands Interesse, daß diese Regierungen nun möglichst bald von der Bildfläche verschwinden, und es liegt auch deshalb in Deutschlands Interesse, alles zu tun, was zu einem innerpolitischen Umschwung bei den Westmächten führt. Wir glauben kaum, daß eine Linksregierung in Frankreich, wenn sie nach einem Wahlsieg ans Ruder kommen sollte, sich durch dieses Verhalten Deutschlands gegenüber der Sabotage der Abrüstung durch die gegenwärtige französische Regierung getränkt fühlen wird und daß eine zukünftige Arbeiterregierung sich durch dieses Verhalten Deutschlands gegenüber der Regierung Baldwin geschädigt fühlt.

Abgesehen hiervon aber war es gerade in der Abrüstungsfrage unbedingt nötig, unter Umständen auch unter Beiseitlassung taktischer Rücksichten, endlich einmal rein prinzipiell der Welt zu zeigen, wo die Gegner der Abrüstung sitzen und wie die Abrüstung immer wieder sabotiert wird. Das ist durch die jetzige Politik Deutschlands in der Abrüstungskommission geschehen und deshalb können wir das Verhalten des deutschen Vertreters, Grafen Bernstorff, nicht als falsch ansehen. Diese Kaufman wird nachwirken. Die moralische Wirkung der Vorkämpfe in Genf wird nicht gering sein und wird sich sicherlich bemerkbar machen, auch wenn darüber einige Zeit verstreichen wird. Die ganze Debatte über die Abrüstungsfrage verankert immer mehr in Kleinlichterströmerei, die praktisch auf Sabotage hinausläuft, indem die Militärs absichtlich vom Hundertsten ins Tausendste gingen und die lächerlichsten und fernliegenden rechthaberischen Bedenken aufstauten, das heißt, die Abrüstungsdebatte drohte immer mehr zu versumpfen. Es war deshalb notwendig, sie einmal wieder richtig in Schwung zu bringen, und das ist sicherlich durch den energischen Vorstoß Deutschlands in der Abrüstungskommission geschehen.

An dieser Auffassung kann uns auch der Umstand nicht irren machen, daß die Abrüstungsfeindlichkeit der russischen Regierung kaum so ernst zu nehmen ist, wie die Russen wahr haben möchten. Wir sind auch heute noch der Auffassung, daß der seinerzeitige radikale Abrüstungsplan der Russen damals ein schwerer taktischer

Der Rohbustand.

26 Millionen verliert das Reich. — Admiral Zentor voll verantwortlich. — Auch Luther bewilligt.

Berlin, 24. März. (Eigener Bericht.)

Der Unterausschuss des Reichstages zur Untersuchung der Lohmann-Geschäfte hat einen

Niessverlust des Reiches

festgestellt. Von den 34,6 Millionen, die ausgegeben sind, stehen, wenn alles gut geht, vielleicht 9 Millionen zurück.

Nähezu 26 Millionen sind verloren.

Und da bei stellt der Ausschuss ausdrücklich fest, daß er jede Verantwortung für die Vollständigkeit des Berichts ablehnt, weil er natürlich nur über die bekannt gewordenen oder bekannt gewordenen Tatsachen hätte Gemittelungen durchführen können. Es ist also wahrscheinlich der Schaden des Reiches noch größer, als aus dem Bericht des Ausschusses hervorgeht.

Aus dem Bericht ergibt sich im einzelnen, daß dem sogenannten Lohmann-Fonds ursprünglich 10 Millionen Mark aus dem Ruhfonds, rund 1 Million aus dem Kriegsgefangenen-Transportfonds und 152 000 Mark aus dem Erlös für drei Preisenshiffe zur Verfügung standen. Dazu sind ihm aus den Mitteln des Marineetat 1 465 000 Mark überwiesen worden, ferner hat er an Krediten rund 7 Millionen aufgenommen, so daß seine Gesamteinnahme auf 19,7 Millionen beziffert wird.

Seine Verpflichtungen hingegen beziffert sich auf rund 33 Millionen Mark. Nach den Aufstellungen des Ausschusses bleiben zu Lasten des Reiches genau 25 871 000 Mark, die so gut wie ganz verloren sind.

Bei den Beratungen des Unterausschusses hat der Vorgesetzte Lohmanns, Admiral Zentor als Chef der Marineleitung, zugegeben, daß sowohl er als sein Vorgänger, Admiral Behne, sich stets bemüht waren, daß sie für die Maßnahmen Lohmanns die Verantwortung zu tragen hätten. Sie haben aber nichts getan, um Lohmann rechtzeitig zu einer ordentlichen Rechnungslegung und Rechnungsprüfung zu veranlassen.

Ein Teil der Mittel, nämlich der aus dem Kriegsgefangenenfonds und der aus dem Verkauf von Preisenshiffen, ist Lohmann mit Genehmigung des damaligen Reichsfinanzministers Dr. Luther außeretatlich zur Verfügung gestellt worden.

Zu diesem Falle liegt die Verantwortung für die mißbräuchliche Verwendung der Gelder bei Luther.

Der Unterausschuss schlägt dem Haushaltsausschuss vor, zu beschließen:

„Die Lohmann-Mittel, soweit sie aus dem Ruhfonds stammen, sind etatsmäßig angewiesene Mittel; sie der Kontrolle der Haushaltsabteilung des Reichswehrministeriums zu entziehen und damit eine geordnete Rechnungslegung und Rechnungsprüfung unmöglich zu machen, war unzulässig, wenn auch für die Zeit der Ruhrbesetzung erklärlich.

Die Verstärkung des Ruhfonds mit Mitteln, die ihrer Herkunft nach den eigenen Einnahmen des Reiches hätten zugeführt werden müssen, die Abhaltung von Mitteln aus einer Reihe von Titeln des Marineetat und deren Uebergang an den Lohmann-Fonds, und damit der Herausnahme aus der Rechnungslegung, ist

eine schwere Verletzung entscheidender Bestimmungen der Reichshaushaltsordnung.

Die ursprüngliche Generalermächtigung für Kapitän Lohmann bezog sich auf die Verwendung etatsmäßig bewilligter Mittel. Die Herausnahme des Ruhfonds aus der Haushaltsabteilung des Reichswehrministeriums, die Ausdehnung des Aufgabekreises des Kapitän Lohmann weit über die ihm ursprünglich gegebenen bestimmten Anweisungen und Richtlinien hinaus sowie die in Mitteln und Zwecken unkontrollierbare Finanzabrechnung des Kapitän Lohmann sind mit Haushaltsordnung und Etatsrecht unvereinbar.

Es hat die völlige Liquidation aller Lohmann-Unternehmungen zu erfolgen. Dabei sind alle Möglichkeiten der Regressansprüche gegen Treuhänder usw., alle Möglichkeiten der Ersparnisse durch Abrechnung von Verpflichtungen aus Bürgschaftsverpflichtungen des Kapitän Lohmann, alle Möglichkeiten der Abwehr aller übermäßigen Zins- und sonstigen Forderungen wahrzunehmen, im besonderen ist zu untersuchen, ob die Kreditgebenden Stellen bei der Ueberprüfung der vorgelegten Vollmacht des Kapitän Lohmann ihre Ordnungsmäßigkeit sich durch seine vorgesehene Dienststelle haben bestätigen lassen.“

Wie der Landbund den Bauern auswuchert.

Große Anfrage der Sozialdemokratie über die Wucherzinsen, die die Landbündgenossenschaften nehmen.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag folgende „Große Anfrage“ eingebracht:

Die Landbund-Genossenschaft des Kreises Ober-Barnim ist zusammengebrochen. Große Verluste der Mitglieder sind die Folge. Hier von werden besonders die kleinen und mittleren Landwirte betroffen, die sich nach einem Generalversammlungs-Beschluß der Genossenschaft verpflichtet fühlten, ihre Anteile von 2,50 Mark auf 5 Mark pro Morgen zu erhöhen. Zahlreiche größere Grundbesitzer und Landbundsgrößen, darunter einige Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Genossenschaft, sollen nur einige wenige Anteile erworben haben. Sie hatten daher auch nur mit einem geringen Anteil. Die Kleineren, Minderbemittelten müssen nunmehr die Haftung übernehmen, während die größeren Landwirte in erster Linie den Vorteil der Genossenschaft einheimen.

Es wird weiter behauptet, daß die Genossenschaft ihren Mitgliedern Wucherzinsen hergeschuldet haben soll. So sollen zum Beispiel für die Zeit vom April bis Mitte September 1924 60 Prozent, für die zweite Hälfte 1924 48 Prozent berechnet worden sein. Im Jahre 1927 sollen 12 Prozent und eine monatliche Provision von 1/4 Prozent, also insgesamt 15 Prozent, berechnet worden sein. Ferner sollen einzelne Mitglieder des Vorstandes Privatgeschäfte zum Schaden der Genossenschaft gemacht haben.

Es ist wohl mit Bestimmtheit anzunehmen, daß der Landbund-Genossenschaft Ober-Barnim durch die Preussische Zentralgenossenschaftsliste erhebliche finanzielle Kredite zugesprochen sind. Wie fragen daher: Ist die Staatsregierung bereit, eine Nachprüfung der Geschäftsführung der Landbund-Genossenschaft Ober-Barnim vorzunehmen und, soweit es möglich ist, die kleineren und mittleren Landwirte als Genossenschaftsmitglieder vor der zweifellos bestehenden schweren Schädigung durch die Landbundsgrößen zu schützen?

Der Gefinnungszwang im alten Staat

Die richtige Antwort an Kaudell.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums wird fortgesetzt.

Hg. Bredt (Wirtsch. Bgg.) erklärt, die Wirtschaftliche Vereinigung habe auf dem Standpunkte der Gleichberechtigung der christlichen Volksschule mit der weltlichen Schule und der Wahrung des Elternrechtes ohne Ueberspannung.

Hg. Frau Fag-Bramann (Soz. Bg.) schließt sich dem Votum des Zentrumstreuers gegen die Behandlung der Katholiken in Mexiko an.

Hg. Kube (Kass.) Der preussische Kultusminister treibe den schlimmsten Gefinnungsterror, beispielsweise im Falle Heffrich-Breslau.

Hg. Dr. Bredt (Wirtsch. Bgg.) äußert sich zu der Staatsgerichtshof-Entscheidung gegen jene einzelstaatlichen Wahlgesetze, die keine Parteien aus dem Wahlkampf ausschalten wollten.

Hg. Seiffert (Wirtsch. Bgg.) befragt die Haltung des Ministers zu den Fragen der Verfassungsreform.

Hg. Salkmann (Soz.):

Der Hg. Dr. Schröder hat mit bewegten Worten über den Kulturkampf in Mexiko gesprochen. Uns scheint, daß dort die Kirche in ihrem Streit mit der Staatsgewalt keineswegs nur von religiösen und geistigen Interessen geleitet ist. Die Wahrung der Verfassungskämpfe und die Wahrung des Kulturkampfes in Mexiko zu halten, muß auch an große

Teile der Zentrumspresse gerichtet werden, die zu Zwecken des Wahlkampfes deutsche Parteien für die Kämpfe in Mexiko verantwortlich machen. Nach dem Zeugnis des Reichsfinanzministers Marx und vieler anderer hervorragenden Katholiken ist die katholische Kirche in Deutschland niemals so frei gewesen wie unter der Republik. Dr. Schröder hat in seinem Hören Liebe auf die Toleranz in der Schulfrage die Elternrechte über die Staatsrechte gestellt. Für uns steht das Recht der Gemeinschaft über dem Recht des Einzelnen. Wir beklagen die konfessionelle Scheidung unmündiger Schulkinder. Von einer Wahrung der Elternrechte ist keineswegs überall dort die Rede, wo die Kirche und die ihr nahestehenden Parteien unbeschränkt herrschen.

Noch heute werden Dissidenten in katholischen Gegenden geächtet.

Hervorragende Katholiken sind für einen staatlichen Zwang gegenüber den freireligiösen Kindern zugunsten konfessioneller Unterrichts. — Minister v. Kaudell hat sich erneut geweigert, seine Vorwürfe der Freireligiösen der Öffentlichkeit und des groben Vertrauensbruches gegen den preussischen Reichsrat-Besoldigten, Ministerialdirektor Dr. Badt zuzunehmen. Diese Haltung steht in vollem Widerspruch zu den Bemerkungen, die er über den Schutz der Ehre des Berufsbeamten gemacht hat. Es ist wohl in der ganzen Geschichte des Bundesrates und des Reichsrates der erste Fall, daß ein Besoldigter, der pflichtgemäß seine Regierung vertritt, von einem Reichsminister persönlich angegriffen wird. Das beharliche Festhalten des Herrn Ministers an seinem Unrecht muß aber auch wie ein Affront des Reichsrates wirken, der einstimmig anerkannt hat, daß die Vorwürfe gegen Badt zu Unrecht erhoben sind. Herr v. Kaudell trägt mit seinem Verhalten nicht zu einer Entspannung seiner Konflikte mit Breiten bei, sondern vertieft sie. Der Minister hat bestritten, daß er den Ministerialdirektor Dr. Badt wegen dessen republikanischer Gefinnung aus dem Amt entfernt habe. Ja, warum denn sonst? Ich frage Sie, Herr Minister: Ist es richtig, daß Sie Herrn Ministerialdirektor Dr. Badt haben wissen lassen, daß Sie seine lausliche Arbeit und Befähigung zu schätzen wissen? Ist es richtig, daß Sie in der Zeit ihres Zusammenarbeitens mit Herr Badt niemals dessen amtliche Tätigkeit zu rügen hatten? Ist es richtig, daß Sie erklärt haben, als keinen Nachfolger einen Mann berufen zu wollen, der Ihnen persönlich und politisch bekreundet ist? Hier scheint denn doch, um mit Herrn Badt zu sprechen, für die Verfassung des Deutschen Reiches das Parteiethos ein maßgebender Faktor gewesen zu sein. Die von dem Minister erneut angenommene Souveränität der Länder besteht verfassungsrechtlich in Deutschland nicht. Gebilde, die weder eine Militärhoheit noch eine Finanzhoheit, noch ein Recht zur auswärtigen Politik, nicht einmal das Recht zu einer selbständigen Gestaltung ihrer Verfassung haben, sind nicht souverän. Die Haltung des Ministers erweckt den Verdacht, als wolle er den Ländern wirkliche Souveränität zurückgeben. Die Herren v. Kardorff und Brandt können das Gedächtnis an den Terror des alten Staates verloren zu haben. Bei keinem Kainzang, nicht einmal bei einem Rinderstich, durrerete Fußgänger gezeigt werden. Jedes Jahr wurden beispielsweise in Breslau die roten Schellen an dem Grabe Ferdinand Volkssches entfernt. Das Schicksal hätte in jeder Weise, das im alten Staat hätte nicht einmal der jetzige deutschnationale Hg. Dr. Brandt

gewagt haben, als er noch demokratischer Stadtrat war. Jetzt klagen tausende Reichsbeamte demonstrativ die Fahne des Kaiserreiches gegen die Republik.

Der Gefinnungsterror, von dem die Republik sich frei hält, gehöret zum Weien des alten Preußen.

Auch der deutschnationale Hg. Kallraj hat in seiner Erinnerung bezeugt, daß noch bis tief in dieses Jahrhundert im katholischen Rheinland kein Katholik ein hohes Staatsamt erlangen konnte. Der alte preussische Staat hat bis in den Weltkrieg nur eine Partei, nämlich die Konservativen, als vollwertig für die Verwaltung anerkannt. Die Arbeiter ohne jeden Parteiuferstand waren politisch und gesellschaftlich bekämpft. Der jetzige deutschnationale Minister Koch hätte im alten Staat weder Ehrendoktor noch Minister werden können, nicht einmal Reserveleutnant, denn die Handarbeit wurde im alten Offizierskorps als ein Makel empfunden. Weil wir den alten Kaiserstaat ablehnen, haben wir in Schwarz-Rot-Gold ein neues Symbol aufgerichtet. Unter der alten Volksherrschaft wollen wir Deutschland zu einem Volksstaate machen. (Beifall bei den Soz.)

Hg. Dr. Spuler (Nat.) meint, die Befreiung der aus der Vielstaatigkeit Deutschlands entspringenden Uebelstände werde sich durch gegenseitige Vereinbarung besser erreichen lassen als durch Zwangsverfassung und Militarismus.

Hg. Frau Dr. Stegmann (Soz.) begründet eine Entschliebung, die die Reichsregierung erucht, das Impfgesetz neu auf seine wissenschaftliche Grundlage zu prüfen, namentlich im Hinblick auf die Einführung der Gemisensklauel.

Hg. Frau Weber (Str.) fordert stärkere Bekämpfung des Kurpfuschertums.

Hg. Czyprien (Soz.) wendet sich gegen den Geist der Rundfunkdarbietungen, die angeblich überparteilich seien. Tatsächlich seien sie vielfach so überparteilich, daß sie auf die Republik und republikanische Einrichtungen keine Rücksicht nehmen. Die Beeinflussung der Programmgestaltung müsse aufhören. Die Zensur werde oft unsinnig gehandhabt. Der Redner führt mehrere Beispiele auf literarischem Gebiete an. Auf dem Gebiete des Arbeitersports werde in Rundfunkdarbietungen unzulässige und unschöne Kritik geübt. Ein Vortrag über den Anschlag Deutsch-Oesterreich sei verboten worden, weil darin das habsburgische Haus herabgesetzt worden sei. Im Rundfunk müsse jede Partei nach ihrem Geschma die Vorträge gestalten können. Dem Arbeiter-Radiobund müsse auch das Recht zu Sendeversuchen gegeben werden.

Hg. Frau Dr. Lüders (Dem.) beklagt sich über die Benachteiligung weiblicher Beamten bei den verschiedenen Behörden.

Hg. Frau Krensch (Komm.): Die große Zahl der Selbstmorde und der Geburtenrückgang seien deutliche Kennzeichen der Not der arbeitenden Massen.

Hg. Dr. Spahn-Rain (Dn.) wünscht eine reichsgesetzliche Regelung des Studentenrechtes und wendet sich gegen die Maßnahmen des preussischen Kultusministers Dr. Beder auf diesem Gebiete.

Hg. Dr. Haub (Dem.) wendet sich gegen die verfassungswidrlichen Ausführungen des Ministers, bei denen er den Führern willen vermisst. Während das Zentrum sonst den Föderalismus verlangt, habe es beim Schulgesetz einen absoluten Zwangsunitarismus gefordert. Gegen den inneren Widerstand der Lehrerschaft sei ein Schulgesetz nicht zu machen. Das Elternrecht widerspreche dem Begriff der staatlichen Schulhoheit.

Weiter sprechen die Hg. Seiffert (Wirtsch. Bgg.), Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.), Belsold (Wirtsch. Bgg.).

Hg. Dr. Löwenstein (Soz.) verlangt eine objektive historische Darstellung der Bewegung von 1848 und des heutigen Parlamentarismus. Für die Umgekehrte müsse mehr getan werden. Um 18% Uhr wird die Weiterberatung auf Montag verlagert.

Neuer sozialdemokratischer Wahlerfolg.

Bei den österreichischen Gemeindevahlen.

Wien, 26. März. (Eigener Funkenbericht.)

Am Sonntag fanden in Oesterreich mit Ausnahme der Hauptstadt des Landes die Gemeindevahlen statt. Die Sozialdemokratie hat nach den bisher vorliegenden Ergebnissen einen erfreulichen Erfolg zu buchen. Sie dürfte ihre Mandatsziffer insgesamt um mehr als 25 erhöhen.

Mussolini erneut ertappt.

Neue Waffentransporte Italiens nach Ungarn und Rumänien.

Allein in den letzten Tagen sind 114 Waggons Munition von Italien nach Rumänien über Südslowien und Ungarn abgeschickt worden. Schon vor einigen Tagen hatten 12 Waggons Explosivstoffe, die aus Italien kamen und nach Rumänien gehen sollten, den 10 Kilometer südlich der ungarischen Grenze in Südslowien liegenden Eisenbahnknotenpunkt Maria Theresiopel passiert. Es noch ein weiterer Transport von 22 Waggons Explosivstoffen von Maria Theresiopel ankam, wurde der Stationschef mißtrauisch und hielt ihn an. Es stellte sich bald heraus, daß bevor der Transport von 12 Waggons Maria Theresiopel passiert, bereits 80 Waggons Sprengstoffe, die nicht mit dem Vermerk „explosiv“ versehen waren, über Ungarn nach Rumänien gegangen sein sollten.

Das sind in der Tat recht auffallende Feststellungen. Sprengstoffe aus Italien nach Rumänien — über Ungarn. Es ist nur verständlich, daß die südslowenische Regierung die letzten 22 Waggons anhalten ließ und sich bemüht, festzustellen, für wem die Explosivstoffe in Wirklichkeit bestimmt sind. Es ist ja schließlich nicht das erste Mal, daß von Italien aus Kriegsmaterial verhandelt wird. Am Neujahrstage rollten an der südslowenisch-ungarischen Grenze 10 Waggons Maschinengewehre aus Italien hinein nach Ungarn. Demals war auf den Begleitpapieren Polen als Ziel angegeben. Im neuesten Falle ist es Rumänien, das als Destination dienen muß. Aber wie am Neujahrstage ist auch heute Italien der Absender und Ungarn der wahrscheinliche Empfänger.

Italien riskiert nichts. Ungarn, das weder Munition noch Waffen einführen darf, mag sich dann mit dem Völkerbund herumschlagen. Italien macht sein Geschäft und der Faschismus seine Politik. Die Mächte, die im Völkerbund sitzen und selber Munitionsgeschäfte machen, reden tagelang in Genf und lassen die Dinge laufen.

Deutsch-griechischer Handelsvertrag.

Berlin, 26. März. (Eigener Funkenbericht.)

Am Sonnabend ist nach langen Verhandlungen in Berlin der deutsch-griechische Handelsvertrag unterzeichnet worden. In ihm sind die üblichen Bestimmungen über die Befreiung, die Behandlung der Warenproben, das Aufenthaltsgesetz und Schiffsfragen getroffen worden. Der Vertrag enthält eine Anlage über Zolltarifvereinbarungen zwischen Deutschland und Griechenland. Danach hat Deutschland den Griechen Ausnahmetarife für Korinthischen Fittwa und geknäulte Leppiche zugegeben, während die griechische Regierung die Zolltarife der Zolltarife im wesentlichen der Waren, die die deutsche Industrie, Kunst- und Gewerbeinteressen, herabgesetzt hat. Der neue Vertrag wird erst von dem kommenden Reichstag ratifiziert werden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. März 1928.

Gedenktafeln an Breslauer Häusern.

So manche Gedenktafel da und dort an Breslauer Grundstücken findet bei dem schnellen Verkehrstempo und in der Unrast unserer Zeit wenig oder gar keine Beachtung.

Am Hause Karlsplatz Nr. 2 gibt eine in Höhe des ersten Stockwerkes besetzte Bronzetafel mit Relief davon Kunde, daß hier Ferdinand Lassalle am 11. April 1825 das Licht der Welt erblickte.

Goethe hat im August und September 1780 in Breslau, Kreuzstraße 45, vorübergehend gewohnt. Hier befand sich der ehemalige Gasthof zum Roten Hause.

Ueber dem Hauptportal des Hauses Junkerstraße 1/3 ist eine Leising-Medaillontafel aus weißem Marmor seit 1862 angebracht. Die Tafel soll über fälschlich hier besetzt sein.

Gustav Freitag, der bekannte Dichter und Schriftsteller, (sein Roman „Soll und Haben“ spielt in Breslau), ist durch eine Gedenktafel am Hause Matthiasstraße Nr. 37 verewigt.

Der berühmte Augenarzt Professor Hermann Cohn, der am 4. Juni 1838 in Breslau geboren wurde und auch hier am 11. September 1916 starb, hat seine Gedenktafel am Hause Königstraße 19 erhalten.

Im Hausflur des Gebäudes Schuhbrücke Nr. 38/39 erinnert eine Inschrifttafel nebst Bille daran, daß hier ein Philosoph und Mathematiker am 24. Januar 1679 das Licht der Welt erblickte.

Der philosophische Schriftsteller Christian Garve, der am 7. Januar 1742 in Breslau, Hummerstraße Nr. 39/40, geboren wurde und hier selbst am 1. Dezember 1798 auch starb, wird durch eine Gedenktafel geehrt.

Der preußische Staatsmann Freiherr von Stein wohnte vom 2. Februar bis Mitte März 1813 im „Goldenen Fepier“, Schmiedebude 22. Eine Gedenktafel an diesem Hause erinnert daran.

Karl Maria von Weber, der berühmte Komponist, hat 1805 als Theaterkapellmeister in Breslau, Talschstraße Nr. 31, gewohnt. Aus Anlaß dieser Begebenheit wurde an dem Neubau des Volkshauses Taschenstraße 29/31, eine Weber-Gedenktafel besetzt.

Die Dichterin und Schriftstellerin Agnes Franz bekleidete im Jahre 1837 das Amt der Vorsteherin einer Breslauer Armenschule. Sie wohnte Matthiasstraße Nr. 37, wo sie am 13. Mai 1843 starb und auf dem Elisenberg-Friedhof ihre Ruhestätte fand.

Der Maler und Dichter August Kopisch wurde am 26. Mai 1799 in Breslau, Junkerstraße 5, geboren. Mit einem Reisebegleiter entdeckte er während eines Aufenthaltes in Italien (von 1823 bis 1828) die „Blaue Grotte“.

Mit gemischten Empfindungen wird jeder Freund der Freiheit zu einer Gedenktafel am Hause Junkerstraße 12, aufblicken, die daran erinnert, daß der sogenannte „eiserner Kanzler“ im Oktober 1859 hier vorübergehend gewohnt hat.

Von größerem Interesse ist schon die Gedenktafel für den Dichter Willibald Alexis (Wilhelm Häring) am Hause Sandstraße Nr. 14, der am 29. Juni 1798 hier zur Welt kam.

Nicht weit davon, Neue Sandstraße Nr. 9, erblickt man eine Gedenktafel für den Dichter, Sprachforscher und Literaturhistoriker August Hoffmann von Fallersleben.

der als Bibliothekar und Professor von 1823 bis 1829 in diesem Hause gewohnt hat.

Auch im Bereich des Gabeljürgen, Neumarkt Nr. 36, steht man auf eine Gedenktafel für den Altertumsforscher Friedrich Müller, der von 1818 bis 1819 als Lehrer des Magdalenengymnasiums hier seine Wohnung hatte.

Es gibt noch einige andere berühmte Persönlichkeiten, die während ihres Lebens in Beziehung zu Breslau standen, bis jetzt aber ohne Gedenktafel geblieben sind.

Parteienossen und Arbeitereltern von Scheitnig. Bergzeit nicht die für heute Abend angeordnete Elternversammlung. Sie ist für alle wichtig. Bringt noch Bekannte mit, von denen ihr wißt, daß ihre Kinder Ostern die Schule verlassen.

Technische Neuerungen bei der Reichsbahn. Präzisions-hydraulische Aufgleisvorrichtung. Kranwagen von 60 Tonnen Tragfähigkeit.

Den Vertretern der Presse war am Dienstag von der Reichsbahndirektion Breslau Gelegenheit gegeben, zwei wesentliche Neuerungen auf dem Gebiete der Hebe-technik zu sehen.

Wurden bisher entgleiste Fahrzeuge überwiegend mit Hilfe von Winden und Seebären, die mit der Hand bedient wurden, wieder eingeleist, so wird nunmehr die Reichsbahngesellschaft eine Reihe ihrer Hilfsgeräte mit Brems- und hydraulischen Aufgleisvorrichtungen ausstatten.

Diese Aufgleisvorrichtung wird durch die einer Lokomotive unter Umständen von der einguleisenden Maschine selbst — ein räumliche Präzisions- angetrieben. Die einer Umformmaschine angeführte Vorrichtung hebt einen Hubzylinder zum Anheben des entgleisten Fahrzeuges in Bewegung.

Muß das Fahrzeug zwecks Eingeleistung seitlich verschoben werden, so wird der Hubzylinder auf eine vier Meter lange Aufgleisvorrichtung mit beweglichen Rollen gesetzt und auf ihr verschoben. Gegenüber dem mühsamen und zeitraubenden Verfahren der früheren Hebe-technik, die vielfach auch mit persönlicher Gefährdung der Arbeitenden verbunden war, vollzieht sich der Prozeß der neuartigen Aufgleisung in nur wenigen Minuten ohne jede Gefährdung eines Menschenlebens.

Um schwierige Aufräumungsarbeiten nach schweren Unfällen und den Ein- und Ausbau von Brücken und Brückenteilen usw. leichter vornehmen zu können, hat die Reichsbahn zwei neuartige schwere Kranwagen beschafft, von denen einer für die hiesigen Bezirke hier in Breslau stationiert wurde.

Der Kran ist drehbar auf einem Unterwagen aufgebaut und trägt einen verstellbaren Ausleger, der im Knick einen Haupt- und Hilfskranzug trägt. Das Heben und Schwenken der Last und das Einziehen des Auslegers geschieht bei dem Breslauer Kranwagen durch Dampfmaschinenantrieb. Seine größte Tragfähigkeit beträgt 60 000 Kilogramm.

Beim Heben großer Lasten muß der Kranwagen auf acht seitlich angebrachte Stützen aufgestellt werden. Zur Benutzung des Kranwagens sind sechs bis acht Arbeiter notwendig. Diese Einrichtung steht auch privaten Firmen zur Verfügung und fand erst unlängst bei dem Einladen eines riesigen Transformators für das Technische Elektrizitätswerk Anwendung.

Auch diese Hebevorrichtung wurde in vollem Betriebe beim Heben und Schwenken einer Lokomotive gezeigt. Von diesen Einrichtungen erhofft man sich vor allem eine weit raschere Freimachung der Strecken bei Unglücksfällen, als es bisher durch die schon reichlich verarbeiteten Mittel möglich war.

Die städtischen öffentlichen Spielplätze sollen für das Spieljahr 1928 neu verteilt werden. Die Anträge der Vereine und der Privatpersonen auf Zuweisung eines Spielplatzes sind bis spätestens Sonnabend, den 31. März, dem Stadtmagistrat für Leibesübungen, Büttnerstraße 8, unter Benutzung des vorgeschriebenen Antragsformulars einzureichen.

Ein Druckstud der Gebührenabgabe und Antragsformulare können im Stadtmagistrat für Leibesübungen kostenlos abgeholt werden. Nur diejenigen Vereine und Privatpersonen, die sich fristgemäß bewerben, können berücksichtigt werden.

Osterrönderzug nach Berlin. Die Pressstelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Zu einer Osterrönderfahrt nach Berlin laden die Reichsbahndirektionen Breslau und Oppeln ein. In atemberaubender Weise hat das Fremden-

verkehrsamt der Stadt Berlin für die Aufstellung eines abwechslungsreichen Programms während des Aufenthaltes in Berlin gesorgt. Ganz besonders wird auf den Ausflug nach Potsdam, Sanssouci und Wannsee am Ostermontag hingewiesen.

Table with 4 columns: Fahrplan und Fahrpreise des Sonderzuges, Hinfahrt am 7. April, Rückfahrt am 9./10. April, and various destinations like Briesg, Ohlau, Maltsch, etc.

Der Telephondraht als Antenne.

Manche Radiohörer glauben sich durch Anschluß an einen Telephondraht eine recht gute Antenne zu schaffen. Das ist aber irreführend. Denn durch die Befestigung des Drahtes an einer Telephonleitung wird der Betrieb der Ferngespräche gestört.

Ein Bob dem Steueramt.

Man hört so viel in unseren Tagen von Arbeit, Not und Steuerlast, von Wirtschaft, Mühe und vom Plagen, von Arbeitslosigkeit und Haft.

Mag man auch schimpfen oft und weinern, Was man jetzt zu bezahlen hat, So muß man sich doch immer fügen, Ein Teil wird immer doch noch fahrl.

Und wenn man sich in schlechten Zeiten Verlassen glaubt von aller Welt Und die, die einst die besten Freunde, Für seine größten Feinde hält,

Est mehr Früchte und Ihr bleibt gesund! Advertisement with stylized text.

Theater und Musik.

Stadttheater.

Schönberg: „Die glückliche Hand“ (Reichsdeutsche Uraufführung) und Kameas: „Das Fest des Königs“ (Uraufführung).

Mit Arnold Schönberg nennen wir den Mann, dem der traurige Ruhm gebührt, den ersten Schritt zu der trotz heftigsten Widerspruch noch immer nicht abgetriebenen „atonalen“, also antimusikalischen Kunst gegeben zu haben.

Als Schönberg den Triumph erlebt hatte, für seine un-musikalischen, der melodischen und harmonischen Gesetzmäßigkeit zu Leibe räumenden Ideen Mittelwege zu gewinnen, ließ er sich dem musikalischen Gebiet keine Ruhe mehr und versuchte sich zunächst als sein eigener Textdichter.

Gefammel — alles unrealistisch gehalten — erhebt. Im Mittelpunkt des „Dramas mit Musik“ steht ein offenbar vom Schicksal aus Unglück geheimer Mann, der sich ganz und gar irrtümlich gebärde.

Als ihm die heißbegehrte Frau zweimal hintereinander durchgeht, behauptet er, sie nun für immer zu besitzen (?), worauf er zwei Türken kauft und sich in eine Waldschänke begibt. Dort schlägt er mit blutigem Schwert, à la Siegfried, den Ambros ein und erzeugt, hohauspokus, im Handumdrehen ein Drama.

Fritz Cortolegis hat auf die musikalische Einstudierung des Stückes mehr Mühe verwandt, als es verdient. Dem Spielleiter (Dr. Herbert Graß) sind die Hände gebunden, da sich das Textbuch hauptsächlich aus Regiestrichen zusammensetzt.

Zuhörer verjuchte Applaus durchzusetzen, während die meisten das Stück auslachten.

Anschließend an diesen Schönberg zur Ausfüllung des Abends — weils grotesker Gegenstoß — wurde unter dem Titel „Das Fest des Königs“, ein Ballett nach der Musik F. H. Kameas, der melodisch und formell stark an seinen Zeitgenossen Händel erinnert, aufgeführt.

Breslauer Silberritt.

„Die Stadt der 1000 Freuden.“ Die Stadt der 1000 Freuden ist ein Vergnügungsort, dessen phantastische Besitzer einen nur getriebenen Genuß von ihrem Unternehmern haben.

Kinderheilstätten.

Koltswirtschaftliche Gesichtspunkte und das stetig sich weiterentwickelnde Krankenversicherungswesen haben die Notwendigkeit der Gesundheitsfürsorge in den Vordergrund des Interesses gerückt. Man treibt Politik auf weite Sicht. Tausende von Kindern werden alljährlich von Kutschfahrtsknechten, Fürsorgehelfern und ähnlichen sozialen Institutionen zur Erholung verschickt. Diese Erholungsfürsorge, von der in der Hauptstadt Entwicklungsgemeinschaft, Schwächliche, unterernährte, verdauungsgehemmte, blutarme, tuberkulosegefährdete, nervöse und reizbare Kinder erfasst werden, erstreckt in erster Linie die Befreiung der aus den genannten Störungen resultierenden leichten Ermüdbarkeit und Hebung der Widerstandskraft gegen Krankheiten jeder Art, besonders der Erkräftigungskrankheiten. Neben dieser reinen Erholungsfürsorge besteht noch eine besondere Heilfürsorge, die in besonderen ärztlich geleiteten Kinderheilstätten durchgeführt wird. Das gilt besonders von der Tuberkulose, für deren erfolgreiche Bekämpfung im Kindesalter uns in Schlesien die von Herrn v. von Vega ins Leben gerufene und von Herrn Dr. Wjose vorbildlich geleitete Kinderheilstätte in Landeshut zur Verfügung steht. Wir dürfen uns rühmen, in ihr die multiergüthigste Anstalt dieser Art zu besitzen. Alle Heilfaktoren, welche die moderne Therapie kennt, werden dort herangezogen zum Wohle der kleinen Patienten und damit auch der Allgemeinheit. Leider ist der Prozentsatz der tuberkulösen Kinder ein so ungemäin hoher, daß für andere Heilverfahren, wie zum Beispiel bei Rheumatismus, Herzkrankheiten usw., Geldmittel in ausreichendem Maße nicht mehr zur Verfügung stehen. Und doch wäre es im allgemeinen Interesse sehr zu begrüßen, wenn auch der zeitweiligen Behandlung dieser Krankheiten mehr als bisher Beachtung geschenkt würde. Gerade die kindlichen Herzfehler, die in ihren Erscheinungsformen von den kleinen Patienten vielfach gar nicht wahrgenommen und bisweilen nur zufällig bei den systematischen Untersuchungen der Schulkinder durch Schul- und Stadtkörper entdekt werden, sind meistens noch heilbar, wenn sie rechtzeitig einem Heilverfahren zugeführt werden. Insofern ist also diese Art von Heilfürsorge auch als vorbeugende Gesundheitsfürsorge zu betrachten. Heilfaktoren für Herzkrankheiten, Rheumatismus, Blutkrankheiten usw. stehen uns in den schlesischen Bädern in großer Zahl zur Verfügung, doch war es bisher aus Mangel an Geldmitteln leider nicht möglich, eine Kinderheilstätte in einem der schlesischen Bäder zu errichten. Es wäre daher im Interesse der Allgemeinheit erwünscht, wenn diese Art der Heilfürsorge, die seit einiger Zeit von einigen Fürsorgeämtern erfolgreich durchgeführt wird, allgemeine Anerkennung fände und weiter ausgebaut würde.

Der italienische Konsul berichtigt.

Der Konsul Sr. Majestät des Königs von Italien ersucht uns in einem sehr ausführlichen Schreiben um eine Berichtigung der in unserem Messe-Vericht vom 12. März über den Stand des italienischen Konsulats gemachten Angaben. Er glaubt, mit Obere und mit dem Konsul von Venedig, daß er die Stelle des italienischen Konsulats verdient habe und daher auch nicht, wie wir andeuteten, als Vorkategorie nach Breslau versetzt worden sei. Weiterhin macht er uns darauf aufmerksam, daß er keine Weine, sondern nur Statistiken ausgehändigt habe und daß das italienische Passierschreiben offizielles Staatswappen des „neuen italienischen Italiens“ sei.

Da wir nicht in Italien leben und die italienischen Aufstellungen von dem stinkenden Leisnam der Götter Freiheit, über den der Faschismus nach Mussolinis Worten hinweggegangen ist, nicht zu eigen machen, geben wir unseren Lesern von diesen Berichtigungen vornehmlich Kenntnis. Zu bemerken haben wir dazu, daß der Bericht auf Grund einer Vorbesichtigung in der noch sehr unklaren Ausstellung verfaßt, inwieweit eine Unrichtigkeit vorliegt. Es wurden keine Weine, sondern nur Statistiken ausgehändigt. Das italienische Abzeichen ist durch ein von dem Kampfpapieramt beauftragtes Bildnis des Diktators als staatliches Symbol anerkannt und soll neuerdings sogar von dem diplomatischen Beamten gestiftet auf der Amtskarte getragen werden. Trotzdem ist uns nicht bekannt, daß das Wappen der — im Schilde des Diktators — noch regierenden Donatiste abgelassen worden sei. Ein Konsul hat aber auch politisches Amtsgewalt zu haben und dieses Amtsgewalt mußte ihm liegen, daß diese Abzeichen von den frei sich selbst regierenden Völkern Europas nie und nimmermehr als Wappen des italienischen Volkes anerkannt werden wird, daß überdies unter diesem Zeichen die primitivsten nationalen Rechte der Deutschen in Oberitalien mit Füßen getreten werden und das in der Faschist bedante Mißge gut Beziehungen zwischen Italien und Deutschland sich nicht unter dem Faschismus vollziehen kann. Sei uns, die wir nicht unter der Diktatur, sondern in einem freien Staate leben, kommen auch noch andere Momente in Frage, wie die formale Deduktion dieses Abzeichens, das übrigens auch auf den Reichsflaggen des Herrn Reichs nur neben dem alten italienischen Staatswappen erscheint.

Daß Herr Chiulano in Gehalt und Einfluß befördert wurde, wollen wir nicht bezweifeln. Eine andere Frage ist die politische Bewertung dieser Beförderung von einem politisch verantwortlichen Posten an der Spitze nach Breslau. Ueber diese werden wir uns später mit ihm verständigen. Jedenfalls wird er schwerlich zu befehligen imstande sein, daß keine Liebe zum Faschismus nicht immer so stark war wie heute.

Begrüßungsfeier für die Schulentlassenen vom Mittelalter.

Donnerstag, den 20. März, abends 8 Uhr, findet in Räumen des Mittelalters, eine Begrüßungsfeier für alle Jungen und Mädchen vom Mittelalter statt, die Eltern die Schule verlassen. Der Abend bringt Musik, Vorträge, Lieder und Ansprache von Parteileitern und Jugendfunktionären. Jungen und Mädchen, liebe Eltern, erscheinen recht zahlreich!

Sozialdemokratische Partei, Abteilung Mittelalter, Sozialistische Arbeiterjugend, Heim 2.

Gegen Faschiers Gerichtsverteilung.

empfehlen ein Brief unseres Landes eine gemeinsame Klage der geschädigten alten Leute wegen Verstoßes gegen Tugend und Gerechtigkeit. Wir gegen die Verurteilung hier wieder können aber selbst nur immer wieder davon absehen, falls Bürger zu sein. Man verfährt hier bei der „Rechtsprechung“, um vor unangenehme Erfahrungen jeder zu sein.

Freier in der Mittelalter.

Am Sonntag, gegen 10 1/2 Uhr, wurde die Festsache von zwei Stellen aus nach Mittelalter 21 gerufen, hier war im Besonderen ganz ausgefallen. Es kam eine Zeit der Bedenken mit Jubel kam die Dankbarkeit. Das Fest wurde mit zwei Schenkungen eingeleitet, dann eine in Trappenhause und eine von hoch über eine Spitze und eine in der Höhe vorgenommen wurde. Es gelang bald, das Fest in die Gewalt zu bekommen, und nach einer halben Stunde konnte die Bedienung „Freier“ gegeben werden. Die Festsache wurde gegen 10 1/2 Uhr gegen 10 1/2 Uhr für den Freier gerufen und kam Bodenbrennen mit einem Jubel. Die Festsache wurde in auf das Gelingen von Freieren mit Glückseligkeit abgeschlossen.

Der große Versteigerung.

In einer außerordentlichen Sitzung des Landes Ausschusses, unter Vorsitz des Landespräsidenten Dr. Seelig, begann am 19. April dieses Jahres die Versteigerung von 1000 Hektar des kaiserlichen Reichsbesitzes, der Reichsland in der Höhe von 1000 Hektar. Die Versteigerung wurde am 19. April dieses Jahres in der Höhe von 1000 Hektar. Die Versteigerung wurde am 19. April dieses Jahres in der Höhe von 1000 Hektar.

gingen reichlich ein, doch gebaut wurde wenig oder garnicht. So rühmten sich die Geliebter und stellten Strafandrohung. Rinnemann und Appel befinden sich seit längerer Zeit in Untersuchungshaft; bei ihnen kommt auch Rückfallbetrug in Betracht. Der Beihilfe zum vorliegenden Betrugs sind mitangeklagt der Kaufmann August Kerkus und der Bauangestellte Robert Spallet. Ursprünglich sollten 804 Zeugen geladen werden, und es war eine Prozessdauer von zwei Monaten vorgezogen. Da aber von allen Prozessbeteiligten auf die Hälfte der Zeugen verzichtet wird, genügt vielleicht eine kürzere Zeit zur Erledigung des Prozesses. Da sich die Tätigkeit des Reichsbauverbundes auf das ganze Reich erstreckt, werden auch die Zeugen aus den verschiedensten Städten nach Breslau kommen.

Das Diebeslager auf der Gräbischer Straße.

Ende Februar wurde bekanntlich die geflüchtete Handelsfrau Magdalena Scholz von der Gräbischer Straße 30 unter dem Verdacht der gewerbmäßigen Hehlerei verhaftet. Sie ist vor einigen Tagen wieder aus der Haft entlassen worden, doch geht die Untersuchung weiter, denn in ihrer Wohnung waren damals große Mengen Diebesgut vorgefunden worden. Auch soll es der Kriminalpolizei gelungen sein, einige Einbrecher zu verhaften, die ihre Beute zu der Frau Scholz brachten, von wo aus dann der Verkauf vorgenommen wurde.

Die Verhafteten von der Krullstraße.

Gegen den Schiffsführer Josef Fiedel und das Sittensmädchen Marie Gahl wird die Untersuchung wegen Mordverdachts an der Sittensmädchen Kristin fortgesetzt. Den Vernehmungen nach sollen die Verdachtsmomente gegen die beiden doch härter sein, wie zunächst angenommen wurde. In dieser Woche soll auch mit den Zeugenvernehmungen begonnen und eventuell eine Ortsbesichtigung vorgenommen werden. Bekanntlich wurde ein Haftentlassungsantrag des Fiedel vor einiger Zeit von Untersuchungsrichter und Staatsanwaltschaft abgelehnt.

Von der Nahrungsmittelkontrolle.

Im Monat Februar wurden durch das Gewerbeamt zur chemischen bzw. bakteriologischen Untersuchung 307 Proben Vollmilch, Vollrahm, Buttermilch, Sahne, Tafelbutter, Kochbutter, Hackfleisch, Wurst, Trübsbranntwein, Kermelwein, Fruchtwein, Pfirsich, Spinat, Obst, Pöfelsalz und Mehl angekauft. Hieron wurden beanstandet:

35 Proben Vollmilch wegen Entrahmung, drei Proben Vollmilch wegen Wasserzusatz, zwei Proben Vollmilch wegen zu hoher Säuregrade, eine Probe Tafelbutter, weil die Umhüllung nicht die vorgeschriebene Kennzeichnung aufwies, eine Probe Tafelbutter wegen zu hohen Wassergehalts, eine Probe Kochbutter, weil minderwertig, eine Probe Hackfleisch wegen Beigabe schwefelhafter Substanz, drei Proben Trübsbranntwein wegen zu geringem Alkoholgehalts und eine Probe Johannisbeerwein, weil verdorben.

Auf Sauerbraten wurden 79 Bierereibeiriede, 175 Südkäse, 424 Spannwirtschaften, 130 Fischwarenhandlungen, 208 Milch- und Geflügelhandlungen, 760 Milch- und andere Lebensmittelgeschäfte, 30 Straßenhändler, sowie die Standinhaber der Großmarkthalle und der übrigen Markthallen registriert. Zur Anzeige gelangten:

14 Gewerbetreibende wegen Führen von verbotswidrigen Waren im Wirtshaus, fünf Gewerbetreibende wegen unerlaubter Milchhandels, 25 Gewerbetreibende wegen sorgfältiger gesundheitlicher Mängel, 17 Schankwirte wegen schmutziger Bierdruckapparate, Spülwannen und anderer in ihrem Betriebe festgestellter Mängel, sechs Gewerbetreibende wegen unerlaubter Handels an Sonntagen und 13 Gewerbetreibende wegen anderer Verordnungen.

70 Pfund verdorbene Wurst, drei Schweinsgelenke, weil für den menschlichen Genuss nicht tauglich. Außerdem wurden ein Huhn und 13 Hais beschlagnahmt, weil sie in der Schonzeit in den Handel gebracht und nicht plombiert waren.

Die Revision der Waagen, Maße und Gewichte erfolgte in 1033 Gefächten. Hierbei wurden 42 Gewichte, 21 Waagen, 38 Flüssigkeitsmaße und 20 Längenmaße, weil unvorschriftsmäßig, eingezogen. Gegen 155 Gewerbetreibende mußten deshalb Anzeigen vorgelegt werden.

Insgesamt wurden im Monat Februar 3470 Gewerbetreibende registriert. Ferner wurden noch 60 ganze Hirsche und eine große Anzahl Teile von Hirschen plombiert.

Die Einwohnerschaft wird gebeten, nach wie vor Mühsände im Lebensmittelverkehr mündlich oder schriftlich, möglichst unter Abgabe der beanstandeten Waren, zur Anzeige zu bringen.

Der tödliche Unglücksfall am Ringe.

Am 19. März um 10 1/2 Uhr des vorigen Jahres ereignete sich an der Ecke Gräbischer und Mauer Straße ein schweres Unglück, das zwei Autos mit erheblicher Beschädigung zum Schaden brachte. Durch den Unfall war der Tod des 35 Jahre alten Breslauer Rechtsanwalts Dr. Alfons Kompaß herbeigeführt worden, der aus dem Cafe Krone kam und sich nach Hause begeben wollte. In der Nacht um 1 Uhr war das Überfallauto angefahren und zu einer Schlagerei nach der Torenstraße 184 geraten worden. Das Auto des Überfallautos kam von Mauerstraße her über den Ring, als der Führer plötzlich an der Gräbischer Straße ein Privatauto heranziehen sah. Er ritz das kleinere Auto nach links herum, wodurch der auf der linken Seite der Mauer Straße verkehrende Dr. Kompaß erfasst und zu Boden geschleudert wurde, so daß er einen schweren Schädelbruch erlitt, an dessen Folgen er bald verstarb. Aber trotz des Vermerks des Alfons hatte dieser doch noch das Bewusstsein erlangt und es auf den Ring geschrien. Das kleine Auto wurde ganz erheblich beschädigt, wie auch die „Hinterbank“ des Überfallautos. Der Führer Dr. Kompaß war der 30 Jahre alte Sohn des Dr. Kompaß, ein aus Pommern, Kreis Müllitz, der durch den vorherigen Unfall an eine Krone erkrankt war. Nach der Untersuchung dieses Unfalls sollte für den Unfall Dr. Kompaß verantwortlich sein. Es war ihm vorgeworfen worden, daß er nicht auf die entgegenkommenden Überfallautos geachtet und daß er zu schnell gefahren sei. Deshalb wurde gegen Kompaß Klage wegen fahrlässiger Tötung erhoben. Im Hinblick auf den hohen Schadenersatz befreit er, jedoch sollte Schuld an dem Unfall zu haben; er sei in langem Maße die Schuldige. Klage entlassung gefordert. Signale des Überfallautos habe er nicht gehört. Die Angaben des Angeklagten wurden durch die Aussagen einer ganzen Anzahl von Zeugen unterstützt. Diese behaupteten ebenfalls, daß Dr. Kompaß die Klänge gehört habe und daß auch die Signale des Überfallautos nicht gehört hätten. Nach den übereinstimmenden Aussagen der Zeugen ist das Privatauto in ganz außerordentlich hohem Tempo daher gekommen. Kompaß jagte, er habe das kleine Auto gesehen, das in ganz außerordentlich hohem Tempo daher gekommen. Kompaß jagte, er habe das kleine Auto gesehen, das in ganz außerordentlich hohem Tempo daher gekommen.

ingenieur Schulte hat die beiden Autos nach dem Zusammenstoß beschlagnahmt. Er war in gutem Zustande. Die Beschädigung des Privatautos ließ erkennen, daß bei dem Zusammenstoß mindestens ein Wagen mit erheblicher Geschwindigkeit gefahren sein müsse. Fahrlässiger Mord wurde darüber gehört, ob es möglich sei, in der Gräbischer Straße Signale vom Ringe her zu hören. Er hat selbst dementsprechende Versuche angestellt und dabei festgestellt, daß man die am Ringe gegebenen Signale erst kurz vor der Einmündung der Gräbischer Straße in den Ring hören könne; natürlich spielte dabei auch die Abdriftung eine Rolle. Wenn das Privatauto auch Signale abgegeben hat, so konnte der Führer des Privatautos diese kaum hören, weil er direkt an der Glocke lag. Der Sachverständige Schulte wies nochmals darauf hin, daß es ihm ganz unverständlich sei, daß weder Mauerberg noch seine neben ihm stehende Frau etwas von dem Läuten gehört haben, er könne das nur so erklären, daß Mauerberg ebenfalls geknallt habe, und so ein Signal das andere tollschlug. Nach Ansicht dieses Sachverständigen hätte der Angeklagte so fahren müssen, daß er das Auto sofort zum Stehen bringen konnte. An Gerichtsstelle waren zwei Ärzte vom Allerheiligenhospital, die den Verunglückten gesehen haben, wie er sterbend eingeliefert wurde, und schon nach wenigen Minuten verstarb. Der Staatsanwalt beantragte gegen Dr. Mauerberg eine Gefängnisstrafe von neun Monaten, indem er dem Angeklagten die Schuld an dem Unfall beimag. Mit welcher Geschwindigkeit das Privatauto gefahren sei, habe die Beweisaufnahme nicht ergeben; es sei aber anzunehmen, daß es mit 40 bis 45 Kilometer Geschwindigkeit gefahren sei. Das sei angemessen, da ja auch das Auto fortgesetzt lieferte. Ob diese Zeichen in der Gräbischer Straße gehört wurden, steht zwar nicht fest, aber das Privatauto mußte annehmen, daß alle Fahrzeuge stillstehen oder ausweichen. Der Angeklagte habe das Unglück dadurch verschuldet, daß er seinen Wagen nicht sofort zum Stehen bringen konnte. Der Verteidiger des Angeklagten, Justizrat Goldschmidt, beantragte die Freisprechung seines Klienten, nicht Dr. Mauerberg gehöre auf die Anklagebank, sondern der Führer des Privatautos; auch die Polizei dürfe in Strafverwehler kein beliebiges Tempo anschlagen. Das Gericht hielt nicht für erwiesen, daß der Angeklagte das Unglück herbeigeführt habe. Durch die Beweisaufnahme habe sich nicht feststellen lassen, ob ein unglücklicher Zufall oder ein Versehen des anderen Autos vorliege. Der Angeklagte war deshalb auf Kosten der Staatskasse freizusprechen.

Der Verein zur Fürsorge für entlassene Gefangene. Breslau 10, Kienstraßen 21, Postfach Nr. 18276, bitten, ihn durch Gaben oder durch Zahlung eines Jahresbeitrages in seinen Bestrebungen unterstützen zu wollen.

Eine Elternversammlung der Sammelschule 1. Klasse 8. findet heute Montag, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftslocale, Zimmer 13, 1. Stock, statt. Besprechung über Freischule im kommenden Schuljahr.

Der Großhändler „Das Ende von St. Petersburg“ läuft vom 11. bis 15. April im Gewerkschaftslocale.

Breslauer Volksbühne. Zu dem Vortrag, den der bekannte Berliner Architekt Erich Mendelsohn am 20. März im großen Saale der Odd-Jelloum-Loge über das Thema „Rußland—Amerika, ein architektonischer Querschnitt“ auf Veranlassung der „Kunstgilde“ hält, steht den Mitgliedern der Volksbühne eine beschränkte Anzahl von ermäßigten Eintrittskarten zum Preise von 1 Mark in der Geschäftsstelle zur Verfügung.

Das Verbot der „Tribüne“ verurteilt. Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat das von ihm auf Grund des § 21 des Gesetzes vom Schluß der Republik gegen die in Breslau erscheinende Wochenchrift „Die Tribüne“ auf die Dauer von drei Monaten ausgesprochene Verbot gefügt und auf die Zeit vom 8. Februar bis einschließend 18. März beschränkt.

Der Unterjuchungsrichter beim Landgericht schreibt unter: Der letzte Satz der in diesem Blatt anlässlich der Hofkammer der Gerüder 9. veröffentlichten Mitteilung hat zu Mißdeutungen Anlaß gegeben. Es muß deshalb betont werden, daß sich die Mitteilung nicht hat gegen das ehrliche Vermittlergewerbe richten sollen.

Einen Lobwortsanfall bekam am 24. März, gegen 12 Uhr, ein Besucher der Kreisreise V des Hochfahrtsamtes in der Poststraße, in dessen Verlaufe er anfangs, verschiedene Gegenstände zu demolieren. Als jedoch das sofort angerufene Krankenauto der Feuerwehr erschien, hatte er sich wieder beruhigt, jedoch von seiner Mitnahme in ein Krankenhaus Abstand genommen wurde.

Fernrunder Kader. Am 24. März, gegen 17 Uhr, kürzte ein Arbeiter von auswärts am Sonnenplatz mit seinem Kade und zog sich durch Scherben einer Flasche, die er in der Tasche trug, deutliche Schnittwunden an der rechten Hand zu, jedoch er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Drei Schaufelereindrücke. Am Sonnabend gegen 4 Uhr morgens wurde durch unbekannte Täter die Schaufelerschleife eines Uhrmachergeschäftes im Hause Höfchenstraße 71 eingeschlagen, die aus der Auslage Herren- und Damenuhren, Uhrenketten und Dameneringe im Gesamtwerte von 700 Mark entwendeten. — Bei einem weiteren Schaufelereindruck, der in der Nacht zum Freitag bei einem Kaufmann im Hause Lauchengassestraße 147 ausgeführt wurde, fehlten den Einbrechern für mehr als 100 Mark Westbezüge, Handtücher und Damenleibwäsche als Beute in die Hände. — Butter, Eier und Käse wurden bei einem Schaufelereindruck gestohlen, den unbemerkt entkommene Einbrecher in der Nacht zum Sonnabend in einem Milchgeschäft in der Mariannenstraße 10 verübten.

Gefangnahme eines Cassidors. Die Kriminalpolizei stellte auf dem hiesigen Hauptbahnhof einen Silberreifenden aus Düsseldorf, der mit einer Landwirtstochter aus dem Kreise Sagan durchgezogen war. Das in seiner Begleitung befindliche Mädchen wurde in Schutzhaft genommen und den Eltern zugeführt, während der Mann, der sich falsche Personalien zulegte, in Haft genommen wurde.

Von der Straßenbahn überfahren. In der Ecke Kloster- und Seifengasse ist am Sonntag nachmittags der Fischer Gustav Ruhnert, Bohrerer Straße 135, der auf einem Fahrrad fuhr, von einem Straßenbahnwagen der Linie 5 erfasst und umgefahren worden. Er erlitt sehr schwere Verletzungen und wurde in das Brüderkloster eingeliefert.

Mit Leuchtgas vergiftet. In der Wohnung seiner Verwandten in der Ulmstraße entleibte sich in der Nacht zu Montag ein Rentner aus der Leuthenstraße 66, indem er sich mit Leuchtgas vergiftete. Als die Verwandten nach Hause kamen, verzweifelten sie sofort die Überführung des Bewußtlosen in das Allerheiligenhospital, wo jedoch nur noch der Tod festgestellt werden konnte.

Landarbeitsgericht.

Um den Schweinefall des Landarbeiters. Während Herr von Richtig und seine Rentnieren-Landarbeiter auf dem Schloßplatz gegen die Gewerkschaften verfahren, standen oben im Landarbeitsgericht fünf hieser wirklichen Landarbeiter und Hagten vor dem Landarbeitsgericht. Sie hatten nach dem Landarbeitsgericht, neben Deparat und Wohnung Anspruch auf einen Schweinefall bzw. nach hier nicht zur Verfügung gestellt werden kann, auf zwei Jentur Leuchtgas, bekamen aber nur den unvollständigen Herrn Richtig, welcher Schweinefall noch Schweine. Das Landarbeitsgericht hatte die Klage abgewiesen, da die Klage nicht gestützt wurde. Die Landarbeiter legten Beschwerde beim Landarbeitsgericht ein, bekamen aber auch hier nicht Recht, denn der Rechtsvertreter des Freierrn konnte eine Einleitung des Provinzial-Landarbeitsgerichts anziehen, nach der der Fall zur bei ausländischen Verlangern zur Verfügung gestellt werden muß. Die Klage wurde auch beim Landarbeitsgericht abgewiesen.

Heute abend, 20 Uhr, finden in den Distrikten 3, 14, 16, 17, 20, 21, 23, 26, 32 und 42 sehr schöne Frauenabende statt. Wir erwarten zahlreiche Besuche.
Gewerkschaftshaus. Mittwoch, 7 1/2 Uhr, wöchentliche Sitzung im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses. Zum erweiterten Parteivorstand wählen alle Parteimitglieder, Parteimitglieder und Parteimitglieder. Nominieren Sie sich.
 Mittwoch abend 20 Uhr findet im Distrikt 27 bei Frau Oberer Straße 2 ein Frauenabend statt. Genschiwitsch Resonanz spricht über die Bedeutung der Tabaksteuer.
Präsenzlisten. Sorgt dafür, daß von jeder Veranstaltung rechtzeitig dem Parteisekretariat berichtet wird.
Abteilung Südost. Donnerstag, 20 Uhr, im Schillerhof, Schillerstraße, wichtige Funktionärssitzung.
Abteilung Süd. Sämtliche Junggenossen der Gewerkschaften und Arbeiterjugend sowie alle jungen Genossen und Reichsbannerkameraden treffen sich beim Montagabend 8 Uhr in der Margaretenstraße, Tausenstraße, Ecke Grünstraße.
Abteilung Ostpreußen. Distrikte 30, 37, 40. Sämtliche jüngeren Parteigenossen beteiligen sich morgen abend 8 Uhr bei der Junggenossenversammlung in der Margaretenstraße, Tausenstraße 82.
Distrikt 14. Sonntag, 21. März, im Zentralkaffee: Jubiläumsfeier. Wir bitten um zahlreiche Beteiligung.
Distrikt 31. Morgen abend 7 1/2 bei Langner, Auguststraße, Westfalen. Jahrestag der Partei wird erwartet. Gänge willkommen.

Sozialistische Jungmänner.

Sitzung! Heute um 20 Uhr im Zimmer 9 im Gewerkschaftshaus: Mitgliederversammlung. Alles muß erscheinen.
Martinshofkapelle. Mittwoch, 20 Uhr, im Berggasse: Übungsabend nur für Anfänger. Donnerstag, 20 Uhr, in der Postleitzentrale: Übungsabend.
Kapellensitzung. Dienstag steht die Kapelle mit Instrumenten um 19.30 Uhr am Eisenplatz. Mittwoch, 20 Uhr, Übungsabend in der Turnhalle.
Abteilung Nord (S.A.). Dienstag steht alles in Uniform Punkt 20 Uhr am Eisenplatz. Donnerstag, 20 Uhr, Turnhalle.
Abteilung Ost (S.A.). Genossen, Dienstag findet um 20 Uhr in der Margaretenstraße unsere Mitgliederversammlung statt. Sorgt durch rege Teilnahme für guten Verlauf. Genosse Schramm spricht über „Kampfplan — Hochkampf“. Die Funktionäre erscheinen hier um 19.15 Uhr. Donnerstag nicht um 19.30 Uhr am Dierlant, sondern um dieselbe Zeit Treffpunkt am Mauritiusplatz.

Sozialistische Arbeiterjugend.

Sein 2. Alle Genossen und Genossinnen, die dem Sprechchor nicht angehören, beteiligen sich Dienstag abend um 20 Uhr an dem Sprechchor des Genossen Schramm über „Kampfplan und Hochkampf“ in der Margaretenstraße.
 Sein 5. Mittwoch letzte Probe für unsere Feiern. Kommt nicht noch beurlauben. Werdt überall für unsere Feiern.
 Sein 7. Alle Buchsen, die Dienstag nicht in den Sprechchor gehen, gehen zu der Versammlung in der Margaretenstraße, in der Genosse Alfred Schramm spricht.

Von den Arbeiterkameraden.

Zentrale Bekleidungsarbeiten. Dienstag ist Sprechchorprobe in der Turnhalle von 7-7 1/2 Uhr. Seid alle pünktlich. Donnerstag Turnhallenprobe in der Postleitzentrale, Michaelstraße. Freitag fällt der Sprechchor aus.
Schulienkassenvereine. Jede Schulienkassen ist Freitag zur letzten Zusammenkunft im Gewerkschaftshaus. Aus den Gruppen gehen auch die Helfer dabei sein. Die Gruppenleiter wählen die Schulienkassen hierauf aufmerksam. Die Helfer haben anschließend im Gewerkschaftshaus Helferprüfung, wozu die Protokolle mitzubringen sind. Bestrebt nach fleißig die Jugendwehlfahrt zum 1. April.
Gruppe 1. Montag: Jungmännergruppe, von 5-6 Uhr Kaffeehaus, 6 bis 7 Uhr Partein an unserer Wandzeitung. Mittwoch, 5-7 Uhr, Unterhaltungsabend mit Licht- und Schattenspielen. Besucht nicht das Kaffeehaus sowie von Mittwoch mitzubringen. Donnerstag und die Helfer im heim. Kaffeehausgeld sowie das Geld für die Arbeit nicht vergessen.
Gruppe 2. Montag sind alle Jüngeren in der Gruppe. Alle über ein Jahr haben keinen Zutritt. Mittwoch sind alle Helfer über ein Jahr in der Turnhalle, und zwar diesmal um 20 Uhr. Donnerstag sind wir alle in der Turnhalle zu Turnspielen. Bitte Eltern! Wir haben heute mit den Eltern der Arbeiterjugend eine Elternversammlung im Gewerkschaftshaus, wozu ihr alle erscheinen müßt. Beginn 8 Uhr.
Gruppe 3. Freitag 1 und 2 gehen heute zum Frauenabend, gleich von der Gruppe aus. Hausbesuche mitbringen. Alle Karten müssen bis Dienstag abgerechnet werden! Dienstag, 5 Uhr, kommen alle Kinder zur letzten Probe für das Osterfest. Auch die Helfer müssen da sein. Freitag, 6 Uhr, pünktlich, Jaltengruppe III. Kappe, Lein, Stoffe, Stoffe sind mitzubringen. Wir arbeiten für den 1. Mai. Alle Kinderbesucher werden in der Schule und überdies für unser Osterfest Sonntag, den 1. April, 6 Uhr, in der Aula der Witzschstraße.
Gruppe 4. Montag muß die Jungmännergruppe ausfallen. Dienstag, Jüngere Gruppe, um 5 Uhr treffen wir uns vor dem Heim. Bei spätem Wetter haben wir Freizeitspiele. Seid alle pünktlich. Donnerstag bringt jedes Kind ein Instrument, soweit es eins besitzt, mit. (Mandoline, Klavier, Gitarre). Freitag, Jüngere Gruppe: Scherzreden.

Gruppe 3. Dienstag, 6 1/2 Uhr, Sprechchor, Kaffeehaus. Mittwoch, 6 Uhr, Kaffeehaus und Sprechchorgruppe zusammen im Heim. Wir haben eine Feiern für die Schulienkassen. Musikinstrumente mitbringen. Donnerstag, 6 bis 7 Uhr, Sprechchor. Freitag fällt die Jüngere-Gruppe aus. Dafür sind alle Schulienkassen um 6 Uhr im Gewerkschaftshaus. Spät für die Kartei und Kartei. Sprechchor nicht vergessen. Sonntag sind wir um 20 Uhr mit unseren Eltern im Gewerkschaftshaus zur Jugendwehlfahrt.
Gruppe 6. Montag, 6-7 Uhr, ältere Jungmänner: Kaffeehaus, Kaffeehaus und Kaffeehaus. Dienstag, 6-7 Uhr, Jungmänner: Kaffeehaus und Unterhaltung. Mittwoch, 6-7 Uhr, Kindergruppe: Spiele, Gelangnamkeiten. Nicht eure Lieberheit und Kaffeehaus mit. Donnerstag, 6-7 Uhr, sind alle drei Sprechchorgruppen. Freitag, 6-7 Uhr, sind alle drei Sprechchorgruppen. Samstag, 6 bis 7 Uhr, Sprechchor. Freitag fällt die Kindergruppe aus.

Datum: 20. 3. 28	Temperatur:			Wetter:	Wind:	Nebel:	Schneehöhe:	Windrichtung:
	heute	Morgen	Min. seit 24 Stunden					
Breslau	4	5	2	bewölkt	SW 2			
Wrocław	6	12	5	"	SW 1			
Legnica	5	12	4	"	SW 1			
Opole	8	9	4	"	SW 1			
Wrocław	0	4	-1	klar	SW 1			100
Wrocław	9	10	4	bewölkt	SW 1			7
Wrocław	2	2	-1	bewölkt	SW 1			130
Wrocław	2	2	-1	bewölkt	SW 1			120
Wrocław	-1	-1	-1	bewölkt	SW 1			107
Wrocław	4	14	2	bewölkt	SW 1			
Wrocław	4	13	2	bewölkt	SW 1			
Wrocław	7	10	4	bewölkt	SW 1			
Wrocław	1	8	3	"	SW 1			
Wrocław	3	9	3	"	SW 1			
Wrocław	6	10	3	"	SW 1			
Wrocław	8	11	4	bewölkt	SW 1			
Wrocław	6	14	4	bewölkt	SW 1			
Wrocław	3	14	3	bewölkt	SW 1			
Wrocław	6	6	2	bewölkt	SW 1			
Wrocław	1	13	2	bewölkt	SW 1			
Wrocław	4	12	2	bewölkt	SW 1			

Wärtlicher Wetterbericht

Des Meteorologischen Observatoriums Keitern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten).
 Auch am Sonntag sind die Temperaturen im schließlichen Nachlande früher angeklungen und mittags wurden vielfach 2 Grad erreicht. Ein Störungsgebiet, das sich über Süddeutschland befindet, wird in den nächsten Tagen beständig auf die Mitteleuropas einwirken. Bei östlichem Winde haben wir vielfach trübes Wetter und Niederschläge, die in höheren Lagen als Schnee fallen werden, zu erwarten.
Wärtlicher für das nächste Wochenende.
 Nach Arbeit dreherer Wind, wolkig, zeitweise Niederschläge, fächer.
 Ausbreitung für das nächste Wochenende:
 Aufsteigender Wind, meist trübe, Niederschläge, später in Schnee übergehend, fächer.
Wärtlicher für das nächste Wochenende.
 Stürmischer Wind, neblig-trübe, Schneefall, leichter Frost.

Das Wetter im Gebirge.

Von den nachfolgenden Stationen werden der Höhe nach Angaben gemacht über: Schneehöhe, Neuschnee, Schneebelastung, Evertindlichkeit.
Schneebedeckung: 100, eis + schneefrei, Stt und Nebel gut. Schreiberhaus: 7, Schneehöhe, keine Spornmöglichkeit. Neue Schiefer Wand: 150, Schneehöhe geföhnt. Stt und Nebel sehr gut. Neißergerberge: 120, geföhnt, Stt und Nebel sehr gut. Alte Schiefer Wand: 140, geföhnt, Stt und Nebel gut. Peterbergs: 140, geföhnt, Stt und Nebel sehr gut. Silberberg: gering, keine Spornmöglichkeit. Neue Wand: 60, geföhnt, Stt und Nebel nur spärlich möglich. Alte Wand: 60, geföhnt, Stt und Nebel möglich. Schieferberg: 60, geföhnt, Stt und Nebel möglich. Stt gut, Nebel möglich. Silberberg: 60, etwas vergarnt, Stt und Nebel gut. Eisenhau: 60, Schneehöhe geföhnt, Stt gut, Nebel möglich.

Eingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreis, für die wir nur die prägnanteste Verantwortung übernehmen.
 Die Redaktion.
Die ungerechte Pensionierung der alten Eisenbahner-Invaliden.
 Wie lange sollen wir noch hungern und verelenden? Bei 40 jähriger Dienstzeit haben wir, nach der Komodie, die am 1. Oktober 1924 in Kraft trat, nur 35 Prozent, und die Invaliden, die nach dem 1. Oktober 1924 pensioniert sind, bekommen bei 25 jähriger Dienstzeit 60 Prozent, zumal doch die Arbeiterpensionen weit über 30 Millionen Mark Vermögen aufweist und ungeheure Werte heute noch besitzt, belästigend ist das für jeden Eisenbahner, wenn hier nicht sofort ein Ausgleich geschaffen wird.
 Mehrere geschädigte Eisenbahner-Invaliden.

Wir bringen vom **11. bis 15. April** im Gewerkschaftshaus
den Großfilm
„Das Ende von St. Petersburg“
 2219 **Arbeiter-Sport-Kartell.**

Briefkasten.
 Allen Anfragen muß eine Beantwortung beiliegen. Beantwortungen erhalten unsere Leser aus Verlagen von den Volkswacht-Trägern oder Trägern einzureich; die Briefbezieher haben die Postzeitung beizulegen. **S p r e c h u n g e** der Redaktion wochentags von 12-1 Uhr mittags
 S. M. in 7. Gerichtshof verordnete Schriftführer in Breslau sind Hans Hoffmann, Tausenstraße 109, und Gertrud Janzen, Lehmannstraße 50.

Geistliches.
 Totalschichten wurden laut einer Abhandlung in der medizinischen Fachzeitschrift „Krankheiten der Medizin“ in einem Militärkrankenhaus in Berlin einer eingehenden Prüfung unterworfen. Die unangenehme Arbeit in geschichtlichen Fällen nach, daß sich dieses Präparat in hervorragender Weise bei Rheumatismus, Gicht und Gelenksentzündungen bewährt. Die Wirkung des Totals war stets prompt und anhaltend. Nebenwirkungen wurden nicht beobachtet.
 Der Continental-Luftschlauch schließt den Kraftfahrer vor den inneren Reifeischaßen. Man darf zu ihm unbedingt Vertrauen haben, denn die Continental hat auch der Fabrikation des Luftschlauches ihre besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Vorzüge dieses Produktes sind unermessbar. Da die Schlauchenden durch Heiß-Kaltentziehen verbunden werden, ist die Zusammenlegung vollkommen fest. Daselbst gilt von dem Ventillift, weil die Ventilliftung zur Ringform gerundet wird, ist eine Festbindung ausgeschlossen. Die Schlauchwandung ist auf der Innenseite gestärkt, so daß ein Durchschneiden der Felge zur Unmöglichkeit wird. Für die lange Erhaltung des vorgeschriebenen Luftdruckes bürgt eine genaue Kontrolle der Luftschläuche in der Fabrik. Jeder Reifen wird, bevor er den Verkauf übergeben wird, mehrfach einer ausgedehnten Kontrolle (unter Wasser, in gedehntem Zustande uim.) unterworfen.

Wasserstand
 20. März.
 Kalibor 2.56 Rannern (Unter-Regel) 3.32
 Reife (Stadt) vom 25. 3. 0.08 Dabernhuth 2.58
 Neißemündung (Unter-Regel) ... 2.08 Kahlmehle (sekundär) 191 ehm
 Fria (Mastentran) 3.20 Kahlmehle vom 25. 3. 0.89
 Treichen 1.30 Wasserwärme + 0.6°.

Bank
DER ARBEITER, ANGESTELLTEN und BEAMTEN, A G
 FILIALE BRESLAU.

Gebt Eure Anzeigen der Volkswacht.



Laun die Gegenprobe!
 Versuchen Sie bitte einmal, jetzt wieder eine andere Marke zu rauchen. Sie werden den Unterschied erkennen und sicherlich zur OVERSTOLZ zurückkehren. Denn unsere HAUS-NEUERBURG-Kir hat Ihre Lunge an die Feinheit der ostmacedonischen Tabake gewöhnt und Sie mit dem Geruch einer wirklich edlen Zigarette bekannt gemacht. Zudem ist der Macedonen-Tabak auch viel bekömmlicher.
 Sie finden ihn sonst nur in teuren Zigaretten, weil es bisher unmöglich schien, für 5 Pf. eine echte Macedonen-Mischung zu bieten. Durch die große Nachfrage nach OVERSTOLZ ist aber das Unmögliche glücklich, heute erhalten Sie für 5 Pf. mit der
OVERSTOLZ
 eine echte Macedonen-Zigarette
Haus-Neuerburg
 * O H G *

Vom Arbeitsgericht.

Hausangestellte vor dem Arbeitsgericht.

Die Klagen von Hausangestellten vor dem Arbeitsgericht mehren sich von Tag zu Tag, trotzdem gerade die Hausangestellten eine gewisse Scheu vor dem Gericht haben und überdies als zu meist Unorganisierte selten durch einen Verbandsvertreter unterstützt werden.

Um vier Mark

rückständigen Lohn klagte die Hausangestellte Chr. gegen ihre Herrschaft Sch. Die beklagte Dienstherrin, für die dieser Betrag sicher nur eine Bagatelle bedeutet, versuchte ihn unter allen möglichen Einwänden streitig zu machen. Die Einwände waren aber wenig stichhaltig und die Familie Sch. mußte zahlen. Hoffentlich führt dieser verlorene Prozeß für sie nicht zum Konkurs.

Unter den Launen

ihrer Dienstherrin, wie ja oft, hatte das Mädchen M. zu leiden. Als man sie täglich angriff und ihr recht unanständig in die Haare fuhr, verließ sie die Stellung ohne Kündigung und klagte beim Arbeitsgericht auf Gehalt und Kostgeld für einen halben Monat. In der Verhandlung kam das traurige Los vieler Hausangestellter wieder einmal zu Tage. In ihrer traurigen Lage, sie hatte bei der Bahnhofsmilch Unterfunkt gelocht und schlief mit einem paar geborgten Mark durch, nahm sie den von der Dienstherrin nur widerwillig zugegebenen Vergleich von 15 Mark an. Da die tatsächliche Beleidigung nicht bestritten wurde, scheint uns die Vergleichsbemühung des Gerichts in diesem Falle sehr unangebracht. In dieser Lage bedeuten zwei oder drei Mark einen Tag Lebensmöglichkeit.

Freigemüt

hatte das Hausmädchen P. gekündigt, weil man sie ungerechtfertigterweise des Diebstahls beschuldigt hatte. Bei ihrer Entlassung erhielt sie aber nichts mehr ausbezahlt, denn erkens habe sie Gehalt zerbrochen und zweitens müsse sie nun das Weihnachtsgeld — zwei Zeittafeln im Werte von 25 Mark — zurückgeben. Die Angeestellte klagte nun außer dem vorenthaltenen Lohn auch auf Ueberstundenvergütung, insgesamt auf 137 Mk. Die summarische Nachforderung von Ueberstunden wurde vom Gericht abgewiesen, da sie bei der jeweiligen Zahlung zu fordern sind, so daß hier nur noch die Entschädigung für den letzten Monat in Frage kommt. Wegen des Weihnachtsgeldes aber müssen noch Zeugen vernommen werden.

Auseinanderziehungen

gab es auch in dem Dienstverhältnis der Hausangestellten B. mit ihrer Dienstherrin D. Als ihr in nicht misszuverstehender Weise erklärt wurde, sie solle sich nach anderer Stellung umsehen, löste sie ihr Arbeitsverhältnis. Aus ihrem „freiwilligen“ Verlassen ihrer Stellung schloß nun ihre Chefin, daß sie ihr kein Zeugnis auszustellen brauche. Auch hier war erst der Weg zum Arbeitsgericht notwendig, um der Entlassenen ein Zeugnis über Dauer, Führung und Leistung zu verschaffen.

Das Legemädchen

M. mußte ihre Stellung kündigen, da ihr Gesundheitszustand die Beschäftigung nicht mehr zuließ. Daraufhin war ihre Dienstherrin K. so erbot, daß sie ihr 18 Mark Lohn für den zurückliegenden Monat — in dem sie schon zum Teil krank gewesen war — und einen Teil ihrer Sachen zurückbehalte. Da trotz wiederholter Mahnungen ihr Lohn und Sachen nicht gegeben wurden, klagte sie vor dem Arbeitsgericht um den ihr noch zühenden Lohn und die Herausgabe der Sachen. Die Rechtslage war hier sehr klar und all die von der Beklagten vorgebrachten Klagen und Einwände mußten nichts. Sie wurde zur Zahlung des nachgeforderten Lohnes und zur Herausgabe der Sachen verurteilt.

Glück im Berufungsverfahren

hatte der Müller J. Er erlitt im Jahre 1926 einen Betriebsunfall durch Kohlenoxydgasvergiftung und leidet seit der Zeit an hochgradiger Blutarmut. Unfallrente wurde ihm aber nicht zugesprochen, weil die Blutarmut keine Folge des Unfalls sei. Dagegen wurde Berufung eingelegt. J. reichte ein Gutachten der Universitätsklinik ein, worin gesagt wurde, daß die Blutarmut wahrscheinlich eine Folge der Vergiftung sei. Die Erwerbsbeschränkung wurde zurzeit auf 50 Prozent geschätzt; durch Heilbehandlung könne aber der Zustand wieder gebessert werden. Auf Grund dieses Gutachtens wurde der Berufung stattgegeben und dem Antragsteller vom Tage des Aufhörens der Krankenleistungen an eine vorläufige Rente von 50 Prozent gewährt.

Vom Oberversicherungsamt.

Ein Maurer hatte sich im Januar v. Js. eine Verletzung des Daumens der linken Hand zugezogen, was eine Gewebekentzündung verursachte. Seine Rentenansprüche wurden aber zurückgewiesen, weil die Entzündung schon vor dem Unfall bestanden haben soll. Dagegen legte er Berufung ein. Er machte geltend, daß an dem betreffenden Tage große Kälte geherrscht habe. Da seien die Finger klamm, gleiten leichter ab, und dabei hätte er sich die Haut durch einen Nagel ausgerissen. Wenn von der Gegenseite behauptet werde, daß die Haut nur infolge der Kälte rissig geworden sei, so wäre das ein Verium. Es sei auch bei großer Kälte möglich, daß man eine Rißwunde nicht gleich merkt, weiter arbeite und dadurch die Wunde verunreinigt wird.

Es wurde nun die Wetterkarte in Krietern um Auskunft gefragt, über die Temperaturverhältnisse zur Zeit des Unfalls. Danach betrug die Kälte früh 3,7, mittags 6, abends 4,3 Grad.

In dem ärztlichen Gutachten war, wie das OVA feststellte, immer von Unfall die Rede, während die Berufsgenossenschaft bisher einen solchen bestritten hatte. Der Gerichtsarzt schätzte sogar die durch den Unfall hervorgerufene derzeitige Erwerbsbeschränkung auf 30 Prozent. Angesichts der ganzen Sachlage läßt sich der Vertreter der BG. veranlassen, sich dahin zu äußern, daß es wohl am einfachsten wäre, den Unfall anzuerkennen. Dadurch war die Berufung gegenstandslos geworden und der Vorschlag, diese zurückzuziehen, nahm der Kläger an.

Kanalisationsarbeiten in Breslau.


Der Ausbau der städtischen Siedlungen und die Erweiterung des Stadtgebietes Breslau durch die neue Eingemeindung erfordert bezüglich des Anschlusses an die Kanalisation große Ausgaben. Insbesondere sind es nicht nur Kanäle, sondern vor allem Pumpwerke, die dort angelegt werden müssen, wo nicht genügend natürliches Gefälle zur Abführung des Wassers mehr zur Verfügung steht. Ein derartiger Fall trat im vorigen Jahre beim Anluß des südlichen Teiles der Siedlung Zimpel ein. Der nördliche Teil von Zimpel konnte noch durch die Friedrich-Ebert-Straße mit natürlicher Vorflut nach dem Pumpwerk Scheitnig hin entwässert werden. Süd-Zimpel, Bischofswalde, Barteln usw. waren aber nicht mehr an dieses Entwässerungsnetz ohne künstliche Hebung des Wassers anzuschließen. So entstand dann das Pumpwerk Zimpel am Zimpeler Weg als sogenanntes Ueberpumpwerk. Zu diesem Pumpwerk läuft alles Wasser südlich des Zimpeler Weges zusammen und wird hier um etwa 6 Meter gehoben; es fließt dann wieder mit natürlichem Gefälle nach dem Pumpwerk Scheitnig. Vom Pumpwerk Scheitnig wird dieses Wasser zusammen mit dem Abwasser der Scheitniger Vorstadt nach dem Rieselfelde Steinwüstenhof herausgebrückt, um dort gereinigt zu werden. Eine ähnliche Anlage plant die Stadt beim Anluß des Vorortes Tschansch. Durch die Eingemeindung werden die Orte Klein-Tschansch und Groß-Tschansch dem Stadtgebiete Breslau einverleibt. In diesem Gebiet waren schon wiederholt Beanstandungen wegen mangelhafter Abführung des Abwassers, so daß die Gemeinden Wert darauf legten, baldmöglichst die Vorteile einer gesunden Schmutzwasserabführung im Anluß an städtische Kanalisation zu bekommen. Durch den Bau der Siedlung Tzelei auf dem Gebiete Klein-Tschansch ist der Anluß dieser Vororte nunmehr zwingend geworden, und die Stadtgemeinde Breslau ist genötigt, in der Nähe der Knappmühle, ähnlich wie in Zimpel, ein Ueberpumpwerk zum Heben des Abwassers einzurichten, weil nicht mehr genügend Vorflut vorhanden ist.

Alles Wasser, das von diesen Vorortgemeinden anfließt, wird diesem Pumpwerk zugeleitet, 5 bis 6 Meter gehoben, und dann dem Kanal in der Dfener Straße zugeführt.

Das Ueberpumpwerk Zimpel ist eine pneumatische Hebeanlage, die so eingerichtet ist, daß alle Schmutzstoffe reißlos ohne irgend welche menschliche Eingriffe gehoben und fortbefördert werden können. Die Einrichtung dieses Pumpwerkes ist so getroffen, daß die anfallenden Schmutzstoffe durch Anlaufen in einen Behälter gehoben werden, dann durch Umschaltung, nachdem dieser Behälter vollständig gefüllt ist, mit Druckluft aus diesem Behälter nach dem nächsten Strahenschacht gedrückt werden, wo sie dann mit natürlichem Gefälle weiterfließen können. Die Anlage selbst arbeitet vollkommen automatisch, ohne jede menschliche Bedienung. Durch einen Schwimmer wird, wenn genügend Wasser in dem Schacht, der unter der Maschinenanlage liegt, zusammengefloßen ist, ein Hebel betätigt, der elektrischen Strom durch einen sogenannten calorapparat einem Simplexmotor zuleitet, der wiederum einen Kompressor in Betrieb setzt. Dieser Kompressor hat eine Saug- und eine Druckseite, kann also einmal das Schmutzwasser in den nachhin erwähnten Behälter hineinsaugen, und wenn dieser gefüllt ist, durch Umschaltung auf die Druckseite mit Druckluft denselben Behälter füllen. Die Anlage arbeitet also genau wie ein Pumpkolben, der auch saugt und drückt, nur ist bei dieser pneumatischen Anlage, wie der griechische Name Pneuma (antem) schon sagt, der Kolben durch Luft ersetzt. Diese Anlage hat sich seit einem halben Jahre außerordentlich bewährt und hat den großen Vorteil, daß Schmutzstoffe, die dort anfallen, nicht herausgeholt zu werden brauchen, und so die nahe liegenden Wohnungen von übligen Dünsten frei bleiben.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Sinein
in die Sozialistische
Arbeiterbewegung!
Eltern!
Schickt Eure Kinder in die



Städtischer
(Opernhaus)
Montag
20 bis gegen 23 Uhr:
16. Abonn.-Vorstellung.
Seri D.
„Die Heile“
Dienstag
20 bis gegen 22 Uhr:
16. Abonn.-Vorstellung.
Seri A.
Mittwoch
20 bis gegen 22 Uhr:
16. Abonn.-Vorstellung.
Seri B.
Das Wunder
der Heilung.

Schauspielhaus.
Opernhaus
Tel. 5148
Täglich 20 Uhr:

Der
Sarewitsch
Schauspiel
20 Uhr:
Jan 1. 2. 3. 4.
Lohn F.
Erstausführung
Erstausführung
Erstausführung
Erstausführung
Erstausführung
Erstausführung

Lobe-Theater.
Tel. 5148
Erstausführung
Erstausführung
Erstausführung
Erstausführung
Erstausführung
Erstausführung

Überall 1. März
Erstausführung
Erstausführung
Erstausführung
Erstausführung
Erstausführung
Erstausführung

Eingetragene
Kirchners
FEINER
Malzkaffee
Schutzmarke
Malzfabrik Neumarkt i. Schl.
FRITZ KIRCHNER



Besuchen Sie bitte
die beliebte Gaststätte
Münchener Augustinerbräu
Bismarckplatz 11/12, Ecke Katernstr.
Oekonomie: Hubertus Böhme, Stadtkoch.

Druckerei Volkswacht Besichtigung
über Dresden
Breslau 2 **Finckstraße 4/5**

Wir sind Leser der
„Volkswacht“
Wir kaufen bei Ihnen, weil Sie
in der „Volkswacht“ inserieren.
Sagt das, wenn Ihr einkauft, Ihr
nutzt uns und damit Euch selbst!

Urania
12 Monatshefte
und 4 Bücher
Der sozialistische
Kadmos
In jeder Buch- u. Zeitschriften-
handlung zu haben.

Bei Gicht, | Jschias, | Nerven- u. Kopfschmerz,
Rheuma, | Grippe, | Erkältungskrankheiten

haben sich Togonal-Tabletten hervorragend bewährt. Ein Versuch überzeugt!
Togonal scheidet die Harnsäure aus! Fragen Sie Ihren Arzt!



PREIS
M. 1.40

In allen
Apotheken

Lawinenartig wächst die Verbreitung des Waschteufel in Breslau

Keine Dame will sich mehr mit dem Waschbrett plagen, sobald sie den **Waschteufel** in Tätigkeit gesehen hat. — Um auch den letzten säumigen und ungläubigen Hausfrauen Breslaus Gelegenheit zu geben, sich von den verblüffenden Erfolgen des Waschteufel selbst zu überzeugen, veranstalte ich ein **Probewaschen**

Letztes Probewaschen in 3 Lokalen und zwar im

Der Waschapparat! Kein Waschtrichter!

mit dem man **TRIF** noch wäscht!

Das ist ein Apparat, der es ermöglicht, die schmutzige Wäsche in 5 Minuten ohne die geringste Vorkarbeit fix und fertig sauber zu waschen. Die Hauptvorrichtung dieses Apparates sind 5 Wasserstrahlen, die die Wäsche bei leichtester Behandlung in 5 Minuten sauber machen. Es kann alles gewaschen werden (ob Wolle, Seide, grob oder fein sowie weiß oder bunt), es braucht nichts nachwaschen zu werden und vollständigste Schonung der Wäsche bei leichtester Behandlung.

Kaufmannsheim, Schosbrücke 50/51
Breslauer Percus- u. Sesselsack (Wartburg)
Grüßbacher Straße 94a und in
Gesellschaftshaus „Wratistawia“ Mauritzplatz 4

Dienstag, den 27. März, Mittwoch, den 28. März
Donnerstag, d. 29. März, Freitag, den 30. März
Sonntag, den 1. April, nachmittags 3 und 5 Uhr

Jede Hausfrau ist höf. eingeladen, schmutzige Wäsche, auch Stärkewäsche mitzubringen

Preis M. 1800 — Besucher der Probewaschen erhalten **1600 M.** den Apparat zum Ausnahmepreis von **1800 M.**

Um die Leistungen dieses Apparates genau zu prüfen, fordert der **Waschteufel** alle Breslauer Hausfrauen auf, die schmutzige Wäsche (besonders Schöber- und Fischebrettsche) die es in Breslau gibt, mitzubringen. Jede Dame, die diesen Apparat schon einmal in Aktion gesehen hat, wird sich von den Leistungen dieses Apparates überzeugen können. Es kann alles gewaschen werden (ob Wolle, Seide, grob oder fein sowie weiß oder bunt), es braucht nichts nachwaschen zu werden und vollständigste Schonung der Wäsche bei leichtester Behandlung.

Probewaschen in allen 3 Lokalen von 3 Uhr nachmittags an abgelehnt werden.

Zum Kampf der schlesischen Steinarbeiter.

Gegen die Irreführung der öffentlichen Meinung der Rechtspreffe.

Die Leitung des Zentralverbandes der Steinarbeiter (Gau Plesch) ersucht uns um Aufnahme folgender Darstellung: In mehreren rechtsstehenden Zeitungen Schlesiens schreibt der Schlesische Steinindustrie-Verband, daß der von den Steinarbeitern geführte Streik ein wilder Streik sei, außerdem will man glaubhaft machen, daß die Entlohnung eine den Zeitverhältnissen entsprechende sei. Hierzu bemerken wir folgendes: Der Lohnsatz war mit dem 29. Februar dieses Jahres abgelaufen, Verhandlungen bereits zwei Monate im Gange. Mehrere verzögerten sich aus Gründen, für die keine der Parteien verantwortlich zu machen ist. Nachdem aber endlich zu ernsthaften Verhandlungen geschritten werden konnte, schweberten die Unternehmer den Arbeitern die Erklärung entgegen, daß man lediglich bereit sei, die bisherigen Löhne für weitere zwei Jahre zu vereinbaren, jedwede Erhöhung müsse aber strikt abgelehnt werden. Diese Erklärung, die einem direkten Hohn gleichkam, in Verbindung mit anderen Schikanen, erzeugte eine derartige Erregung bei einem Teile der Arbeiterschaft, daß sie, ohne die Verhandlungen der Schlichtungsinstanzen abzuwarten, die Arbeit niederlegte, wogegen der Zentralverband der Steinarbeiter bzw. seine Angestellten allerdings zunächst Stellung nahm, da erst die Schlichtungsinstanzen durchlaufen werden sollten. Die Unternehmer verschwiegen, daß anlässlich der von Amts wegen durch den Schlichter hatgefundenen Verhandlungen sofort vereinbart wurde, die Schlichtungsinstanzen zu umgehen und vor dem Schlichter in Form einer besonders dazu bestimmten Schlichterkammer zu verhandeln. Die Verhandlungen fanden auch statt, mußten aber nach 14 Stunden, ohne eine Einigung erzielt zu haben, vertagt werden. Die Vertagung erfolgte auf Antrag der Arbeitgeber, um, wie sie angaben, noch einmal mit ihren übrigen Mitgliedern sprechen zu können. Während dieses Aussehens der Verhandlungen beschloß die Arbeiterschaft die Aussperrung der noch arbeitenden Steinarbeiter. Wie man angeht, dieser Situation nach von einem wilden Streik sprechen kann, ist uns unverständlich. Man glaubt wohl, mit solchen Märgeln den Kampf der Arbeiterschaft mißgünstiger zu können. Auf die von uns veröffentlichten tatsächlichen Hungerlöhne geht man nur insoweit ein, als man angibt, daß durchschnittlich von den Arbeiterkassen 85 bis 90 Pfennige pro Stunde verbient werden. Welche Praktiken bei der Herstellung der Statistiken zur Anwendung kommen, wird ebensowenig angedeutet, wie rechtmäßig wird, daß ein ganz wesentlicher Prozentsatz der Arbeiterschaft zu den von uns wiedergegebenen Löhnen von 46 bis 59,8 Pfennigen pro Stunde arbeiten mußte. Daß diese Lohnsätze

auch in der Statistik der Vereinigung Breslauer Arbeitgeberverbände fast an allererstbedingter Stelle stehen, wird gleichfalls nicht erwähnt. Die Veröffentlichung der Unternehmer läuft deshalb in beiden Punkten auf eine absichtliche Irreführung der breiten Öffentlichkeit hinaus. Die Berechtigung des Kampfes der Arbeiterschaft geht auch daraus hervor, daß die Parole des Unternehmerverbandes nicht restlos durchgeführt wird. In mehreren Fällen erklärten uns kleinere Unternehmer, daß sie in einer halben Stunde mit den Vertretern der Arbeiter über die zukünftigen Löhne einig sein würden, wenn sie nicht aus Erfahrung wüßten, daß sie in diesem Falle von den größeren Firmen aufs empfindlichste geschädigt würden, wie dies vor mehreren Jahren, bei Verteilung von Aufträgen der Provinz geschehen ist, außerdem auch bei anderen Anlässen zu erwarten wäre. Die mitunter gegen die eigenen Kollegen sowie auch gegen Behörden ausgespielte rücksichtslose Macht der Vereinigten Schlesischen Granitwerke Breslau hindert also die kleineren und mittleren Unternehmer, auf die berechtigten Forderungen der Arbeiter einzugehen, die sie demnach für erträglich halten. Die Arbeiterschaft weiß, daß gerade in dieser Großfirma die Scharfmacher sitzen, die trotz größter Gewinne in der vergangenen Zeit ihrer Arbeiterschaft eine menschenwürdige Entlohnung streitig machen. Würde diese Firma durch den Zwang auf die kleineren Firmen noch erreichen, daß diese während des Kampfes zugrunde gehen, so wäre wohl der Nebenweck der Scharfmacherei auch noch erfüllt. Entsprechende Beispiele sind ja aus den letzten Jahren genügend vorhanden. Doch das sei Sache der betreffenden Firmen. Die Arbeiterschaft kämpft um den Ausgleich für eingetretene Verteuerung des Lebensunterhaltes, um die Anpassung der Löhne an das ohnedies außerordentlich niedrige schlesische Lohnniveau. Mehr als durch alles andere wird dieses dadurch bewiesen, daß die Arbeiterschaft für die außerordentlich schwere und gefährliche Arbeit der Hilfsarbeiter ein Stundenlohn von 62 Pfennigen fordert. Der sich damit ergebende Wochenlohn von rund 30 Mark dürfte denn doch auch von der breiten Öffentlichkeit als wirklich für jeden Haushalt bedingtes Existenzminimum anerkannt werden. Der Kampf ist deshalb weder wild noch unberechtigt. Dagegen ist die Stellung der Unternehmer im höchsten Grade unsozial und rücksichtslos, um so mehr, als sie durch guten Wille und ebensolche Preise mehr wie andere Unternehmer in der Lage sind, auch dem Arbeiter zu geben, was des Arbeiters ist. Aber der Grund dieser Verbindlichkeitsklärung ist anderer Natur. Die Hege der Arbeitgeber gegen das staatliche Schlichtungsweesen beginnt nunmehr zu wirken. Der erste Erfolg dieser Hege war die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für die Berliner Metallarbeiter. Der zweite ist die Verbindlichkeitsklärung des Buchdrucker-Schiedspruches. Der dritte? Nun, die Eisenbahner haben ebenfalls ihren Lohnkonflikt. Und bei dem Schiedspruch für diese Organisation wird sich die nächste Gelegenheit bieten, wie oben zu verfahren. Eine nette Methode, die Unternehmer, denen das staatliche Schlichtungsweesen mißfällt, zu beruhigen.

Wirtschaft.

Reichseinnahmen an Steuern, Zöllen und Abgaben im Februar 1928.

Die Gesamteinnahmen des Reiches aus Steuern, Zöllen und Abgaben werden für den Monat Februar 1928 mit 611,5 Millionen Mark angegeben gegenüber 1008 Millionen im Monat Januar. Insgesamt kamen in den bisher abgerechneten elf Monaten des Steuerjahres 1927/28 gleich 7957 Millionen Mark auf. Der Voranschlag — 8453 Millionen Mark — wird also zweifellos erreicht werden. Es dürfte sich sogar ein nicht unerheblicher Ueberschuß ergeben, durch den unter anderem die Anforderungen aus dem Ergänzungsetat befriedigt werden können. Ein Vergleich der Februar-Ertragnisse mit dem Aufkommen Steuern, Zölle und Abgaben rückt auf sich zu sein. Ein Vergleich der Februar-Ertragnisse mit dem Aufkommen im Monat Januar ist nicht möglich, da in beiden Monaten besondere Zahlungstermine fallen. Wir stellen deshalb in unserer Tabelle dem Aufkommen im Monat Februar 1928 die Ertragnisse des Februar 1927 gegenüber.

Table with 5 columns: Item, 1. 4. 27 bis, Febr. 28, Febr. 27, 29. 2. 28, Voranschlag. Rows include Insgesamt, Davon sind, Besitz- und Verkehrssteuern, Lohnabzug, Kapitalertrag, Tarifsteuern, Umsatzsteuer, Körperschaftsteuern und Verbrauchsabgaben, and Andere Zölle und Verbrauchsabgaben.

Auffallend ist das Absinken der Lohnsteuer, die im Januar 1928, selbst nach Abzug von 11 Millionen Mark Erstattungen von 130 Millionen Mark erbrachte. Im Monat Februar sind 18 Millionen Mark Erstattungen vorgenommen worden. Die Arbeiterschaft hat also auf Grund des sozialdemokratischen Vorgehens im Reich in den Monaten Januar und Februar 1928 rund 29 Millionen Mark an zuviel gezahlten Steuern zurückverlangen können. Der zurückgehende Lohnabzug im Februar selbst erklärt sich dadurch, daß sich das Lohnsteuerentgelt vom 22. Dezember 1927 voll auswirkt. So ist, dank der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, wenigstens hier einigermaßen eine Abschwächung der drückenden Massensteuern erfolgt.

Wenn wir oben auf eine anscheinend rückläufige Tendenz im Aufkommen der Reichseinnahmen hingewiesen haben, so stützen wir unsere Auffassung besonders auf die schwankenden Zollertragnisse. Wir haben im Jahre 1927 unter Einfluß der hereinströmenden Auslandsanleihen eine Refordebefreiung erlebt und damit steigende Zollertragnisse. Mit der notwendig werdenden Abschwächung der Einfuhren muß sich das Aufkommen aus dem Zoll, das im Steuerjahre 1927/28 das Bild sehr beeinflusst hat, ungünstig verändern.

Die Geldroherträge des Roggens und Weizens steigen.

Zu den vielen Beweisen für die sich bessernde Rentabilität der deutschen Landwirtschaft ist in diesen Tagen ein weiterer hinzugekommen. In dem neuesten Vierteljahressheft zur Konjunkturforschung werden die Geldroherträge des Roggens und Weizens der ersten sieben Monate des Wirtschaftsjahres 1927/28 mit der entsprechenden Zeit der Wirtschaftsjahre 1924/25, 1925/26 und 1926/27 verglichen. Das Ergebnis, zu dem die Arbeit kommt, ist folgendes:

Table with 4 columns: Year, Roggen (insgesamt), Weizen (insgesamt). Rows show data for 1924 bis 1925, 1925 bis 1926, 1926 bis 1927, and 1927 bis 1928.

Die Angaben zeigen, daß sich die Geldroherträge des Roggens und Weizens von Wirtschaftsjahr zu Wirtschaftsjahr gebessert haben. Eine Ausnahme macht lediglich der bei Weizen für die Zeit vom Juli 1926 bis Januar 1927 festgestellte Betrag. Er liegt um 10 Millionen Mark niedriger als der Betrag, der für dieselbe Zeit des vorhergehenden Wirtschaftsjahres festgesetzt wurde. Die Besserung gegenüber den ersten sieben Monaten im Wirtschaftsjahre 1924/25 beträgt: 1. Im Wirtschaftsjahre 1925/26: a) bei Roggen 90,2 Millionen Mark oder 2 Mark pro Hektar, b) bei Weizen 124,5 Millionen Mark oder 67 Mark pro Hektar; 2. im Wirtschaftsjahre 1926/27: a) bei Roggen 161,2 Millionen Mark oder 16 Mark pro Hektar, b) bei Weizen 114,7 Millionen Mark oder 52 Mark pro Hektar; 3. im Wirtschaftsjahre 1927/28: a) bei Roggen 308 Millionen Mark oder 48 Mark pro Hektar, b) bei Weizen 192,4 Millionen Mark oder 72 Mark pro Hektar.

Oesterreichs Außenhandel 1927. Im Dezember erreichte die Einfuhr einen Wert von 24,4 Millionen Schilling, die Ausfuhr einen Wert von 20,1 Millionen Schilling, und das Bilanzpassivum betrug demnach 124,3 Millionen Schilling. Im ganzen Jahre 1927 betrug der Wert der Einfuhr 3142,2 Millionen Schilling (gegen 2844,6 Millionen Schilling im Jahre 1926), die Ausfuhr erreichte einen Wert von 2688,6 Millionen Schilling (gegen 1744,9 Millionen im Jahre 1926). Die Einfuhr ist somit um 10,4 Prozent, die Ausfuhr um 16,8 Prozent gestiegen. Das Bilanzpassivum hielt sich mit 1102,6 Millionen Schilling nahezu auf dem gleichen Höhe (1099,7 Millionen Schilling). Die stärkste Zunahme zeigt Oesterreichs Außenhandel mit Deutschland, da die Einfuhr von dort im Vergleich zum Jahre 1926 um 50 Millionen Schilling, die Ausfuhr nach Deutschland um 168 Millionen Schilling gestiegen ist. In der Spitze der Einfuhrländer steht im Jahre 1927 die UdSSR mit 557,2 Millionen Schilling, dann folgen Deutschland mit 522 Millionen, Ungarn mit 293,4 Millionen, Polen mit 269,3 Millionen, ferner die Vereinigten Staaten von Amerika, Rumänien, Jugoslawien. Unter den Ausfuhrländern dominiert Deutschland mit 370 Millionen Schilling, es folgen die Tschechoslowakei mit 285,5 Millionen, Ungarn mit 197,1 Millionen, ferner Italien, Jugoslawien, Polen.

Reinfall Dr. Kochs beim Reichsarbeitsgericht.

Verkürzung der Amtszeit der Betriebsräte unzulässig. Das Reichsarbeitsgericht hat in dem von dem deutschnationalen Reichsverkehrsminister D. v. Koch auf Betreiben der Christlichen und der Hirsch-Duncker'schen Eisenbahner-Gewerkschaften heraufbeschworenen Streit wegen Verkürzung der Amtszeit der Betriebsräte bei der Reichsbahn entschieden. Die von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft gegen die Entscheidung des Arbeitsgerichts Berlin vom 17. Januar 1928 eingelegte Beschwerde wurde in vollem Umfange verworfen. Das Reichsarbeitsgericht hat festgestellt, daß die Verkürzung der Amtszeit der Betriebsräte ungesetzlich ist und mit dem klaren Wortlaut des Betriebsrätegesetzes in Widerspruch steht. Der Reichsverkehrsminister hat demnach die Befugnisse aus § 61 des Betriebsrätegesetzes überschritten. Nach Ansicht des Reichsarbeitsgerichts kann die Verkürzung der Amtszeit der Betriebsräte nicht als vorübergehende Maßnahme in Betracht kommen. Eine Verkürzung der Amtszeit der Betriebsräte ist überhaupt nicht zulässig.

Das Reichsgericht hat sich mit dieser Entscheidung der vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschland vertretenen Rechtsauffassung angeschlossen. Für Koch und seine Verbündeten ist diese Entscheidung eine schwere Niederlage. Der Einheitsverband ist sowohl im Wahlkampf wie im Gerichtssaal Sieger geblieben.

Ueber die rechtliche und politische Bedeutung dieser Entscheidung wird noch einiges zu sagen sein, wenn der Beschluß des Reichsarbeitsgerichts im Wortlaut vorliegt.

Verbindlicher Schiedspruch im Buchdruckgewerbe.

Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedspruch für das Buchdruckgewerbe vom 9. März für verbindlich erklärt. Die Begründung lautet: Die in dem Schiedspruch vorgesehene Regelung steht eine Erhöhung der tariflichen Wochenlöhne in der Ortsklasse A von 2,50 Mark auf 3,50 Mark und in den übrigen Ortsklassen eine entsprechende Lohnsteigerung vor. Aus der gesamten Lohnlage, wie sie tatsächlich im Buchdruckgewerbe besteht, kann nicht geschlossen werden, daß dieser Vorschlag die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse ungenügend berücksichtigt. Dies gilt um so mehr, als es sich auf Arbeitgeberseite um einen Verband handelt, der sich auf das ganze Reich erstreckt, und der neben großen und leistungsfähigen Betrieben auch eine große Anzahl von mittleren und kleinen in ihrer Finanzkraft beschränkten Betrieben umfaßt. Bei einheitlicher Beurteilung des gesamten Gewerbes muß daher berücksichtigt werden, daß schon die im Schiedspruch vorgeschlagene Lohnsteigerung für viele dieser mittleren und kleinen Betriebe eine Belastung ist, welche die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit bedeutet. In der Nachverhandlung im Reichsarbeitsministerium war eine Annäherung der Parteien nicht zu erzielen. Die Gegenläufigkeit der Meinungen läßt eine Verbindlichkeit als ausgleichend erscheinen. Es ist zu erwarten, daß ein tariflicher Zustand im Buchdruckgewerbe zu Schwierigkeiten führen wird, deren Auswirkung sowohl für das Buchdruckgewerbe selbst wie für die Allgemeinheit insbesondere in der jetzigen Zeit unerträglich wäre. Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches war daher erforderlich.

Wir wollen hier nicht unteruchen, inwieweit es richtig ist, daß der Reichsarbeitsminister sich schützend vor die kleineren Betriebe stellt. Nur verweisen möchten wir auf die Tatsache, daß auch die kleineren Betriebe in den letzten Jahren in der Lage waren, ihre Betriebe zu modernisieren und Maschinen für verbesserte Produktionen anzuschaffen.

Vollziehung des Ortsausschusses des ADGB.

Die am Freitag stattgefundene Vollziehung des Ortsausschusses beschloß sich in einer reichhaltigen Tagesordnung mit dem Geschäftsbericht des Gewerkschaftshauses, der Matfeier und den Wahlen des Vorstandes. Nach Eröffnung der Versammlung durch Kollegen Kuffert nimmt Genosse Kalk das Wort zum Geschäftsbericht des Gewerkschaftshauses. Die Entwicklung im Berichtsjahre 1927 ist als zufriedenstellend anzusehen. Gegenüber dem Vorjahre konnte eine Umsatzsteigerung erzielt werden, die sich mit 9,5 Prozent auf den Küchenbetrieb und mit 8 Prozent auf den Restaurationsbetrieb verteilte. Das Hauptgeschäft erstreckte sich auf die Monate September bis April, während das Gartengeschäft infolge vorgetragener Sommer weniger gut abging. Eine wesentliche Belastung brachte das zurückliegende Jahr durch die Erhöhung der Biersteuer, die die Brauereien wiederum für einen Sonderbeitrag für sich auswerten, wodurch der Ansichtpreis pro Liter Bier sich um 10 Pf. erhöhte. Das Gewerkschaftshaus hat diese Erhöhung nicht mitgemacht, erst als ein Mehrumsatz den billigen Preis nicht weitermachen konnte, mußte später, als das Geschäftsergebnis nicht ungenügend zu gefallen, der Bierpreis erhöht werden. Um den Forderungen der Kellner auf Einführung fester Löhne Rechnung zu tragen, wurde der 10prozentige Bedienungszuschlag mit in die Verkaufspreise für Speisen und Getränke einfließen und den festangestellten Kellnern ein Mindesteinkommen aus Lohn und Prozenten — die vom Hause getragen werden — garantiert. Erhebliche Mehrausgaben beanspruchten Beleuchtung, Heizung, Wasserverbrauch und sonstige Unkosten; ebenso waren Mehrausgaben für Löhne und Gehälter notwendig. Büromieten werden nun zu 100 Prozent der Friedensmiete erhoben; für Heizung und Bewachung werden besondere Umlageposten nicht mehr erhoben. Es besteht noch immer eine Nachfrage nach Büroräumen in unserem Gewerkschaftshaus; auch die rapide Entwicklung der Stadt der Arbeiter, Angestellten und Beamten erfordert recht bald eine Erweiterung der ihr zur Verfügung stehenden Räume. Repräsentationsgründe und vor allem der starke Verkehr machen hier einen Eingang von der Straße notwendig. So zeigt der Geschäftsbericht ein deutliches Bild von dem regen Verkehr im Gewerkschaftshaus, und der zufriedenstellende und steigende Besuch sollte für die organisierte Arbeiterschaft, die oft auch andere Lokale aufsucht, Anlaß sein, zunächst ihr Haus aufzusuchen und mit zur weiteren Bormarisentwicklung beizutragen. Den Bericht der Matfeierkommission gibt Kollege Klant, der das Ergebnis einer mit den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei veranfaßten Sitzung mitteilt. Der Abmarsch und Aufmarsch soll ähnlich wie im Vorjahre geregelt, der Demonstrationszug durch Festwagen geleitet werden. Der Abend soll neben den üblichen, diesmal auch künstlerische Veranstaltungen in unseren Theatern bringen. Ein fröhliches und festes Matabschieden wird hergestellt. In der regen Diskussion, in der unter anderem die Kommunisten schon jetzt die agitatorische Auswertung ihrer Nichtbeteiligung am gemeinsamen Umzuge ankündigen, wird vor allem eine schlichte, aber desto wichtigere Demonstration gefordert, die neben den alten Gewerkschaftsforderungen auch dem Wahlkampf Rechnung tragen soll. Ein Antrag, daß allgemeine Arbeitsruhe für diesen Tag zu proklamieren ist, wird einstimmig, und ein weiterer Antrag, daß keine Feiern mit der Kommunistischen Partei gemeinsam veranstaltet werden sollen, wird mit überwiegender Mehrheit angenommen. Im weiteren Teil des Abends werden die Wahlen zum Vorstand des Ortsausschusses, zur Bibliothekskommission und zum Bildungsausschuß vorgenommen.

Mus. Schlesien.

Brieger Ebert-Sonntag.

Im Grünhübel des Promenadengürtels der alten Festungs- und Diözesenstadt Brieg fand gestern die Enthüllung eines Friedrich Ebert-Steines statt, zu der unter vielen anderen Gästen auch Reichstagspräsident Genosse Lübbe erschienen war. Eine unübersehbare Menge umlagerte den Platz, auf dem der einfache Stein aus schlesischem Granit mit der Bronzeplatte steht, auf der zu lesen ist:

Dem ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert.

Die Wehreredo hielt Genosse Paul Lübbe. Er spricht von der Treue des arbeitenden Volkes Friedrich Ebert gegenüber, deren Symbol auch dieser Gedächtnisstein in Brieg ist. Je mehr wir uns von seinem Todestag entfernen, je desto weniger können auch die gehässigsten Gegner dieses Mannes nicht umhin, diesem Manne die Achtung und Anerkennung als Staatsmann zu versagen. Das Schaffen und Leben des Mannes, der aus dem Proletariat aufstieg, galt stets allen Unterdrückten und Notleidenden, als Arbeiter, als Arbeitersekretär, als Staatsmann an der Spitze des ganzen Volkes. Kein und fadenlos steht Friedrich Ebert vor uns. Die Mittwelt ist ihm alles schuldig geblieben, aber die Geschichte gibt Friedrich Ebert recht. In den schwersten Stunden des Volkes stand er, während vieles um ihn zerfiel. Mit unermüdlicher Tapferkeit, von starkem Willen befeuert, schuf er mit den neuen Staat. Dem Gift der Verleumdung, einem nie gefalteten gehässigen Kampf gegen seine Person erlag er und der Tod nahm ihn viel zu früh von uns. Wir Lebenden aber wollen das Werk, das geloben wir im Augenblick der Enthüllung seines Denksteins, zu Ende führen. Wir scheuen nicht den schweren Kampf, der uns, und besonders in der nächsten Zeit, bevorsteht, um Friedrich Eberts Willen, um das Glück der arbeitenden Menschheit.

Als die Hülle gefallen war, sprach Studiendirektor Dr. Preußler für den Denkmalsauschuss und übergibt das Ehrenmal der Stadt zu treuen Händen. Oberbürgermeister Poppel übernimmt den Stein in die Obhut der Stadt und richtet an die Menge einige Worte der Mahnung zum Gemeinschaftsstein. Drei Kränze mit Schleißen in den Reichsfarben wurden niedergelegt. Studiendirektor Dr. Sattig legte den Kranz des Ausschusses für Ebert-Gedächtnis nieder und hielt ebenfalls eine Ansprache. Parteisekretär Genosse Schneider legte den Kranz des Reichsbanners nieder, er ermahnte in kurzen Worten zu der Treue zu dem Führer Ebert, dessen Vermächtnis in uns fortlebt. Der Reichsbannermann Kopska legte den Kranz des 1. Banners der Brieger Ortsgruppe, des Banners Ebert nieder. Dann erfolgte Abmarsch der Reichsbannergruppen zum Demonstrationsmarsch durch die Stadt, nachdem noch durch Vorbeimarsch am Denkstein Friedrich Ebert eine besondere Treue- und Gedächtnisfeier war.

Polnische Altkommunisten.

Eine Sondergruppe in Polnisch-Oberschlesien.

Wie die „Gazeta Robotnicza“ in ihrer Donnerstagsnummer mitteilt, sind die früheren Leiter der polnischen sozialistischen Partei in Oberschlesien, Abgeordnete Josef Binizkiwicz, Wiktor Kumpfeld, Johann Juchellek, Rubin und Lasowski-Ludwig ihrer Parteirechte enthoben worden. Die Entziehung der Parteirechte erfolgt nach Angabe der „G.R.“ wegen fortgesetzter Schädigung der Partei und unfairen Verhaltens während der Wahlen. (Für die Wahlzeit war Burgfrieden vereinbart. Red.) Gegen einzelne der Genannten schwebte ein Verfahren beim Parteigericht in Warschau, welches nach nicht entschiedener ist. Namentlich hat die Bezirksleitung Oberschlesien der P.S. der Bezirksleiter Entziehung vorgegriffen und ihnen die Parteirechte zeitweilig entzogen.

Die dem Antimilitarismus „Bolschewik“ aus dem Lager der jetzigen Opposition mitgeteilt wird, beschuldigen die Betroffenen das Verhalten in Warschau nicht abzuwarten, sondern sich unter dem Titel „P.S. Oberschlesien“ unabhängig von Warschau selbständig zu organisieren. Ein Wochenblatt soll zunächst die wichtigsten Fragen der Partei besprechen und demnächst erscheinen. Weiter wird eine Konferenz geplant, die sich mit den schwebenden polnischen Fragen beschäftigen soll. Die Ausführenden behaupten, eine Reihe von Journalisten der P.S. bereits hinter sich zu haben, so daß eine Spaltung unvermeidlich ist.

Diese feinerzeit während des Wahlkampfes von ihren Parteimitgliedern zurückgetretenen Führer waren in der Frage ihrer Einstellung zum Nationalitätenkampf so schwer belastet, daß die nunmehr nach dem Rücktritt der schlesischen Altkommunisten vorgenommene Spaltung nicht besonders erstaunlich ist. Möglich, daß diese Separatisten einige Ortsgruppen, der sie an sich sehr geschickten polnischen Sozialdemokratie in Polnisch-Schlesien hinter sich haben; daß die geschäftliche Entwicklung wird eher zu Gunsten gehen. Das Verhältnis der deutschen und polnischen Sozialisten hat in Kongressen, wo die Arbeiterbewegung überhaupt besseren Boden findet, eine unzweifelhaftige Erfolg gehabt, während in Polnisch-Schlesien ein Gewinn gegenüber den letzten Wahlen nicht zu verzeichnen war, denn in Schlesien wird das nationale Problem immer noch als Hauptelement in der sonst indifferenten Arbeitermasse. Inzwischen und trotz der verschiedenen Behauptungen der bürgerlich-demokratischen Presse, daß von internationalen polnischen Geistes zu befragen oder doch wenigstens den mangelhaften Erfolg der Altkommunisten des weiteren Handbates zu nehmen, zeigte sich auch nach der Wahl die Tendenz, das Verhältnis der Sozialisten beider Jungen zu einem politischen Bündnis werden zu lassen. Obne im Moment abzusehen zu können, wie sich diese Neugründung im Einzelnen auswirkt, kann doch zusammengefaßt werden, daß eine gewisse Verschiebung im Lager der polnisch-schlesischen Partei dieser Entwicklung, die eine Schwächung der sozialistischen Bewegung nicht nur Polens, sondern auch der Welt ist.

84 Jahre Schweinemagd.

In Nr. 31 der „Obernigler Nachrichten“ ist folgende Notiz zu lesen:

Groß Breßen, 84 Jahre. Am 11. März feiert Frau Lange ihren 84. Geburtstag. Trotz ihres hohen Alters verfährt sie noch täglich auf dem Dominium in aller Rüstigkeit ihre Arbeit, indem sie die Pflege und Züchtung von etwa 30 Schweinen besorgt.

Eine 84 Jahre alte Frau muß also auf diesem „vorbildlichen“ Wege täglich noch 30 Schweine besorgen. Sie hat also für den Herrn noch lange nicht genug gearbeitet. Wann mag wohl für diese Frau der Tag kommen, wo sie nach langen Jahren harter Arbeit die Hände in den Schoß legen kann zu einem geruhlichen Lebensabend? Wirklich eine „göttliche“ Weltordnung, in der eine 84jährige Frau noch keine Ruhe finden kann, und gemüthliche Sozialisten, die das noch in der hier wiedergegebenen Form der Welt fundum.

Zum Leichenfund bei Gräditz.

Uebersicherung Mai's nach Schweidnitz.

Zu der in Borne bei Neumarkt erfolgten Festnahme des Landarbeiters Mai, der in dem dringenden Verdacht steht, dem mit dem Leichenfund bei Gräditz im Zusammenhang stehenden Mord an einer Frauensperson begangen zu haben, wird nun mitgeteilt, daß der Verhaftete in das Gerichtsgefängnis in Schweidnitz übergeführt worden ist. Staatsanwaltshaftsrat Hartmann aus Schweidnitz hatte sich nach Neumarkt begeben und dort den Verhafteten eingehend vernommen. Hierbei haben sich die Verdachtsmomente gegen Mai derart verdichtet, daß Haftbefehl erlassen wurde. Es sprechen viele Anzeichen dafür, daß die in einem Paket eingeschleppte Frauenleiche, die bei Entschärfen in einem Felde bei Gräditz gefunden wurde, die aus Borne vertriebene Arbeiterin S. o. s. e. l. l. a., die Geliebte des Verhafteten war. Mai stammt aus der Reichenbacher Gegend, in der er dann die Leiche der Ermordeten geschafft und fortgemorsen haben soll. Er selbst bestreitet jedoch nach wie vor jede Schuld.

Genosse Müller-Strehlen gestorben.

Am Sonntagabend starb plötzlich an einem Schlaganfall unser altbewährter Genosse Zigarrenfabrikant Karl Müller. Die Bewegung am Orte verdankt ihm viel. In zahlreichen öffentlichen Ehrenämtern bewährte er sich ebenso wie im Parteileben selbst. Eine Periode hindurch war er Landtagsabgeordneter. Als Stadtparochienverwalter war er stets auf das Gemeinwohl bedacht, kein Wunder, daß er schließlich von den Bürgerlichen gestürzt wurde. Somit war er Kreisratsmitglied und Mitglied des Kreis-ausschusses. Der Partei hat er lange Jahre als Kreisvorsitzender gedient. Nun hat ein jäher Tod das Leben des 59jährigen treuen Freundes und Genossen beendet, auf dessen weiteres Wirken die Partei noch auf Jahre hinaus hätte hoffen dürfen. Karl Müller gehörte zu jenen kernigen Naturen, wie sie der Partei vor allem aus dem Handwerk zugewachsen pflegen. Weit und breit in der Provinz war sein Name bekannt, und wie die Strehleiner Arbeiterjungen, so werden auch viele alte Mitkämpfer aus anderen Orten mit Bewauern von seinem Abgehen Kenntnis nehmen. Die Beerdigung dürfte Mittwoch erfolgen.

Tagung der niederschlesischen Handelskammern.

Für den Kattowitzer Kohlen-Kreuz-Kreis.

Der Verband niederschlesischer Industrie- und Handelskammern hielt am 19. März unter Leitung des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Breslau, Dr. Grund, eine Sitzung in Breslau ab. Zum Anhängerschaft der Industrie- und Handelskammern nach § 45 der Gewerbesteuerverordnung (vor Befreiung der gemeinnützigen Realsteuerumlagebefreiung) teilte im. Syndikus, Reg.-Rat a. D. Petrius-Breslau, mit, daß die kommunalen Spitzenverbände und die Spitzenvereinigungen der Wirtschaft demnächst zusammenkommen werden, um über die formale und materielle Ausübung des Anhängerschafts gewisse allgemeine Richtlinien zu vereinbaren. Ueber das Behauptungs-Guben-Kreuz berichtete hierauf Syndikus Dr. Eisner von Cronow-Sagan.

Nachdem durch den Vertriebsauschuss des Reichstages der Bau der Strecke Kreuz-Schwertin als dringlich anerkannt worden ist und die Verlängerung dieser Strecke bis Guben herbeigeführt werden soll, fordert die Industrie- und Handelskammer Sagan einen direkten Anschluß der Provinz Niederschlesien an die Strecke Guben-Kreuz durch den Bau einer Bahn von Radzig bei Kattowitzer a. D. nach Zoppo. Diese Strecke würde eine direkte Verlängerung der Oberbahn in nördlicher Richtung darstellen und auf dem kürzesten Wege die Provinz Niederschlesien mit der Grenzmarkenprovinz, mit Hinterprovinzen sowie Danzig und Ostpreußen verbinden. Gleichzeitig würde die volle Ausnutzung der Oberbahn von Breslau über Glogau bis Kattowitzer gewährleistet sein. Außerdem wird die beschleunigte Durchführung des zweigleisigen Ausbaues der Oberbahn auf den beiden eingleisigen Strecken Glogau-Kattowitz sowie Kattowitzer-Kreuz-Schwertin gefordert.

Es wurde beschlossen, daß die interessierten Industrie- und Handelskammern das Projekt einer Verlängerung der Oberbahn nach dem Bau der Strecke Radzig-Zoppo noch näher prüfen und beraten sollen. Syndikus Dr. Kriegenburg-Breslau sprach jedoch über Verbesserungsmaßnahmen des schlesischen Sächsischen Verkehrs. Gewünscht wird, so sehr die Anlage des Grenzengewerbes in den Kreisen auch gewünscht wird, unter anderem eine Revision der Kartagen sowie der Befreiungsfrage. Auch die Ausnutzung in einzelnen Häusern gibt zu Besorgnissen Anlaß. Die Industrie- und Handelskammer Sagan wird die Wünsche der nachgebenden Stellen übermitteln. Die übrigen Punkte der Tagesordnung betrafen unter anderem die Frage der Verleihung von Ehrenzeichen durch Industrie- und Handelskammern und eine gemeinsame Antragsfrage mit führenden Vertretern des schlesischen Städteverbandes über das Gesetz über Auflösung der Gutsbezirke.

Kolleg. Ein Antragssteller. Die Anträge sind, in der Regel, von der entsprechenden Kommission für den 17. März, nach dem Termin suspendiert. Die Gründe für die Ablehnung der Anträge sind: 1. Die Anträge sind nicht rechtzeitig eingereicht worden. 2. Die Anträge sind nicht vollständig. 3. Die Anträge sind nicht im Einklang mit den Bestimmungen der Geschäftsordnung. 4. Die Anträge sind nicht im Einklang mit den Bestimmungen der Geschäftsordnung. 5. Die Anträge sind nicht im Einklang mit den Bestimmungen der Geschäftsordnung.

Ergebnis der Betriebsrätewahlen. Bei den hier vorgeschriebenen Betriebsrätewahlen in den Kreis- und Kreisgruppen der Betriebe 1, 2 und 4 ergaben die Betriebsräte folgende Zusammensetzung: 1. Betriebsrat 1: 10 Mitglieder, 5 Arbeiter, 5 Arbeitersekretäre. 2. Betriebsrat 2: 10 Mitglieder, 5 Arbeiter, 5 Arbeitersekretäre. 3. Betriebsrat 4: 10 Mitglieder, 5 Arbeiter, 5 Arbeitersekretäre.

Verkehr. Verkehr der Straße. Von einer Kreisstraße werden hier zwei Kreise angeordnet. Während einer von ihnen weniger stark benutzt wurde, wird der andere eine Schiedsrichterei und wurde aus Kreisverkehrsamt überführt werden, so er in bestimmten Fällen darüberliegt. Das Kreisverkehrsamt ist an dem Kreis ihre Stelle treten.

Ersdorf, Kreis Glatz. Tödlicher Unfall. Durch einen Kabidbehälter. Beim Waggelassen eines alten, leichten, Rahmen-unterstützten Kabidbehälters jündete sich der zwanzigjährige Haushälter Hoffmann seine Pfeife an dem auf dem Strohhaufen auf dem Behälter. Dieses fiel aber unglücklich auf den Kopf des Hoffmann. Das noch darin befindliche Gas jündete sich, und mit einem furchtbaren Knall wurde der Behälter in die Höhe geschleudert, das Dach des Schuppens ging in Trümmer, und Hoffmann wurde nach kurzem Suchen mit zertrümmertem Kopf im Nachbargarten tot vorgefunden. Ein anderer in der Nähe noch Arbeitender kam mit dem bloßen Schrecken davon.

Neurode. Der zwölfte Teil dieses Jahres auf der Wenzelsgrube. Auf der Wenzelsgrube in Mals, wo erst vor circa zwei Wochen das entsetzliche Unglück zu verzeichnen war, verunglückte am Mittwoch wiederum ein Bergmann zu Tode. Der Lehrhauer Englisch aus Oberhausdorf der beim Abbau der Strecke beschäftigt war, wurde von hereinbrechenden Gesteinsmassen verschüttet und konnte nur nach schwerer Arbeit der Rettungsmannschaft als Leiche geborgen werden. Der Verunglückte ist erst in den zwanziger Jahren ganz jung verheiratet.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

Rüstet zum 1. Mai.

Mitten im Wahlkampf wird diesmal die deutsche Arbeiterpartei ihren Weltfeiertag, den 1. Mai, begehen. Es ist notwendig, daß schon jetzt in den Ortsgruppen die Vorbereitungen hierzu in die Wege geleitet werden. In diesem Jahr erst recht soll die Reaktion merken, daß der sozialistische Freiheitsgedanke innerhalb des deutschen Proletariats noch machbar ist. Zum Kampf bereit mit unseren Gegnern, zum Kampf bereit um die politische Machtübernahme in der deutschen Republik.

Also an die Arbeit gegen den Besitzbürgerblock, gegen die Ausbeutung und Verleumdung der arbeitenden Klasse, gegen Entrechtung und neue Kriegsgefahr, für Völkerverständigung, für Weltfrieden und Erringung des Sozialismus.

Der Unterbezirks-Vorstand.

Ullaschin. Freitag. Ein Breslauer Architekt verübte Freitag an der Umgehungsbahn Selbstmord durch Aufschneiden der Pulsadern und Erhängen. Die Motive der Tat sind unbekannt.

Wattsch a. O. Von der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die ländlichen Ortschaften des Kreises Neumarkt wurde auch hier ein Film „Die jüdische Scham“ zur Vorführung gebracht. Die Herren Kassenzüge Dr. Pralle und Dr. Gläbner ließen es sich angelegen sein, den überaus lehrreichen Film in seinen einzelnen Momenten eingehend zu erläutern, der in zwei Vorstellungen vor etwa 1500 bis 2000 Teilnehmern gezeigt wurde. Allen wird der Film mit seinen ausführlichen Aufklärungen recht lange in Erinnerung bleiben und dürfte somit der Zweck mit den Vorführungen (auf Kosten der Krankenkasse), wodurch das rechtzeitige Erkennen der betreffenden Krankheiten deutlich vor Augen geführt wurde, gute Früchte tragen. Denn um so früher das Kassenmitglied seine Krankheit wahrnimmt, um so leichter kann ihm geholfen werden, und um so weniger Kosten verursacht der Verfall.

Klein-Sägewitz. Zur Maifeier. Die Vorbereitungen zur Maifeier beginnen. Ob auch unser Gemeindevorsteher dieses Jahr wieder eine Gemeindevortretung anguberaumen gedenkt, ist noch nicht bekannt.

SW., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

Berammlungsalender.

(Hier finden lediglich Mitteilungen Aufnahme, die der Redaktion über das Sekretariat des Unterbezirks Breslau-Land-Neumarkt zugehen.)

Marischwitz. Morgen, Dienstag, 27. März, abends 7 1/2 Uhr, findet eine wichtige Frauenversammlung in Marischwitz statt. Alle Frauen des Ortes und der Umgegend müssen zur Stelle sein. Rednerin: Genossin Toni Müller.

Breslauer Produktenbörse vom 24. März.

Amliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 24. März 1928 gezeigten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Reichsmark gilt der Erzeugerpreis) kaufte Breslau in vollen Waggonsladungen, Tendenz: Getreide: ruhig. — Mehl: Steig. — Samen: ruhig, andere Samen: befristet.

Getreide:	Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)		Dekanten:	
	24.	23.	24.	23.
Weiz. 74kg G.G.*	26.20	26.20	Mittl. Art und Güte	—
Roggen 71kg*	27.10	27.10	Güte 1. Art	—
Haf.*	24.00	24.00	Wassermehl	36.00
Wassermehl, gute	29.00	29.00	Keimlinge	37.00
Wassermehl	27.00	27.00	Keimlinge	32.00
Industrieerzeugnisse	—	—	Keimlinge	36.00
einzel. Winterg.*	24.00	24.00	Stammeln	—
			Stammeln	60.00

Amliche Notierung für Mühlenzergewichte (je 100 kg)

	24.	23.		24.	23.
Weizenmehl	37.75	37.75	Auszugmehl	43.50	43.50
Roggenmehl	38.00	38.00			

Die Preise beziehen sich auf Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Procent, weitere Sorten werden höher bezahlt.

Zeitgeschichte in Getreide und Mehl.

Erfüllungsort Breslau, Lieferung ab Waggon, vom Rahne oder vom Speiger. Preise in Reichsmark, für Getreide pro 1000 kg, für Mehl pro 100 kg.

Lieferung im Monat	Weizen		Roggen		Haf		Roggenmehl nach Typen
	Normalgewicht 755 g für das Liter 24. 3. 23. 3.	Normalgewicht 112 g für das Liter 24. 3. 23. 3.	Normalgewicht 755 g für das Liter 24. 3. 23. 3.	Normalgewicht 112 g für das Liter 24. 3. 23. 3.	Normalgewicht 755 g für das Liter 24. 3. 23. 3.	Normalgewicht 112 g für das Liter 24. 3. 23. 3.	
Mar.	275 G	—	286 B	287 B	—	263 B	—
			284 G	288 G	—	266 G	—
Mai.	278 G	—	286 B	—	282 G	—	—
			286 G	—	—	—	—
Sept.	—	—	248 B	—	—	—	—

Tendenz: Weizen schwächer, Roggen behauptet, Haf schwächer, Roggenmehl ohne Handel.

Samenpreise, Landware (für 50 kg).

Kartoffel	Durchschnittspreis (gerundet)		Durchschnittspreis (gerundet)	
	Landware	Landware	Landware	Landware
Landware	50.00	50.00	Timothy	15.00
Landware	—	—	Timothy	25.00
Landware	40.00	90.00	Timothy	100.00
Landware	70.00	95.00	Timothy	130.00
Landware	30.00	45.00	Timothy	17.00

Getreide u. Mehl: höherer Landes-Verkauf. Getreide u. Mehl: höherer Landes-Verkauf. Getreide u. Mehl: höherer Landes-Verkauf. Getreide u. Mehl: höherer Landes-Verkauf.



Ausdehnung der Reichsbahnaffäre.

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat Sonnabend vormittag in der Bestechungsaffäre bei der Reichsbahn mehrere Beamte und Zeugen vernommen. Der Verdacht, daß Bestechungen auch bei anderen Beamten als bei Reichsbahnoberrat Schulke vorgenommen sind, hat sich durch den Gang der Untersuchungen jetzt voll bestätigt. Es sind von mehreren Firmen (nicht nur aus Köln) an die Beamten des Zentralisenbahnamtes Schmiergelder als angebliche Lizenzgebühren für Verbesserungsvorschläge gezahlt und auch wertvolle Geschenke gemacht worden. Die Kriminalpolizei hat bei den beschuldigten Beamten Durchsuchungen in den Wohnungen vorgenommen und zahlreiche Belastungsmaterial beschlagnahmt. Oberreichsbahnrat Schulke ist geständig und gibt die ihm nachgewiesenen Fälle zu. Inzwischen konnte aber festgestellt werden, daß er auch noch bei anderen Firmen Lizenzgebühren für „Erfindungen“ erhalten hat.

Die Staatsanwaltschaft hat in der Wohnung des der passiven Bestechung beschuldigten Oberreichsbahnrates Schulke mehrere Gegenstände versiegeln und sicherstellen lassen, die Schulke von dem Berliner Vertreter Gläzner der Firma Reiser & Co. erhalten hatte. Schulke behauptet, diese Geschenke seien reine Freundschaftsbeweise und keinesfalls als Bestechung anzusehen. Sie seien von ihm durch freundschaftliche Geschenke erwidert worden. Die Nachprüfung des Kontos Gläzners bei einer Berliner Großbank ergab, daß nicht nur von der Kölner Firma Reiser & Co., sondern auch von einem großen Berliner industriellen Werk über dieses Konto Gelder gezahlt wurden, die, wie zugegeben wird, ebenfalls Lizenzgebühren sind. Ein Teil dieser Gelder ist an einen Reichsbahnbeamten nach Göttingen gezahlt worden, während der andere Teil an Schulke ging. Schulke, der den Empfang nicht bestrittet, behauptet, daß es sich hier um Lizenzen für Erfindungen handle, zu deren Verwertung er berechtigt war. Es ist noch nicht geklärt, ob die Beschuldigungen, die gegen andere industrielle Großunternehmen erhoben werden, den Verdacht rechtfertigen, daß auch hier durch Bestechung Sonder Vorteile bei der Zuweisung von Millionenlieferungen erreicht worden sind.

Zur Untersuchung der Vorgänge beim Reichsbahnzentralamt schreibt die „Vossische Zeitung“: Im übrigen wird die gegenwärtig erfolgende Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft hoffentlich auch Aufklärung über weitere zurückliegende Vorwürfe gegen das Reichsbahnzentralamt bringen. Aus ernsthaften Kreisen der Deutschen Holzindustrie waren wiederholt recht erhebliche Vorwürfe gegen diese Behörde gemacht worden. So hatte man die Tatsache als auffällig bezeichnet, daß die Beschaffungsabteilung des Zentralamts im Ausland Holzschwellen zu höheren Preisen gekauft und bezogen hat, obwohl billigere Angebote erster deutscher Firmen vorlagen, und man hatte mit Recht darauf hingewiesen, daß das Zentralamt Verbindungen mit Schwindelfirmen eingegangen war, die der Reichsbahn nicht unerhebliche Summen gekostet haben. Alle diese Tatsachen haben auch dazu geführt, daß der Forstwirtschaftsrat sich mit diesen Angelegenheiten beschäftigte und seinerzeit eine scharf gehaltene Entschuldigungsgegen das Zentralamt gerichtet hat, die aber wohl der Hauptverwaltung der Reichsbahn-Gesellschaft kaum zu Gesicht gekommen sein dürfte.

Opfer des Leichtsinns.

Der Kasseler Großkaufmann Fresenius hatte in der Nacht zum Sonnabend mit sieben Freunden, jungen Leuten, im Alter von 25 bis 26 Jahren, eine nächtliche Bierfahrt in einem Bierfahrer-Automobil zu dem Ausflugsort Lindenberg unternommen. Als die Rückfahrt angetreten wurde, waren sämtliche Teilnehmer schwer betrunken. Das Auto sauste mit 95 Kilometer-Geschwindigkeit auf der Leipziger Straße nach Kassel zu. An einer scharfen Kurve verlor der betrunkenen Führer Fresenius die Gewalt über das Fahrzeug. Das Auto kam ins Rutschen, schlug gegen einen elektrischen Leitungsmast und wurde dann 30 Meter weit in ein Kolonialwarengeschäft geschleudert, das furchtbar vermintet wurde. Die Insassen des Autos flogen aus dem Wagen. Fünf, darunter ein junges Mädchen, erlitten schwere Schädelverletzungen und furchtbare Wirbel- und Knochenverletzungen. Ein 20jähriger Mann namens Wilhelm Fick wurde gegen den elektrischen Leitungsmast geschleudert, wobei ihm der Kopf zerschmettert und der Rumpf zerrissen wurde. Die übrigen drei Insassen kamen mit leichteren Verwundungen davon.

Einbruch in der Dresdner Bank.

Ein äußerst verwegener Einbruch wurde in der Nacht zum Sonntag in den Tresorraum der Filiale der Dresdner Bank im Hause Budapest Straße 10, dem Romanischen Hause in Berlin, verübt. Der Verbrecherbande, die schon während vieler Nächte in den Kellerräumen des Hauses gearbeite und eine starke Wand durchbrochen hatte, gelang es, den geschützten Stahltreppenaufgang aufzubrechen und in ihn einzudringen. Als sie in dem Räume standen, der mit Wertgegenständen in Koffern und Kästen angefüllt war, versuchten sie, die einzelnen Safes, in denen das bare Geld aufbewahrt wird, zu erklimmen. Dabei gerieten sie mit dem Sauerstoffgerät an eine Ritze mit Scheibhämern, die sofort in Flammen aufgingen. Durch den Qualm wurde der preußische Landtagsabgeordnete, Rechtsanwalt Grämel, der in dem Hause wohnt, aufmerksam und ließ das Verhaftungskommando alarmieren. Die Verbrecher entkamen, ohne Beute gemacht zu haben, unter Zurücklassung ihres wertvollen Sauerstoffgerätes und nach einer abenteuerlichen Jagd über die Dächer, die bis 6 Uhr morgens dauerte.

Eine Schiffsladung verbrannt.

Im Hamburzer Hafen entstand durch Selbstentzündung auf einer Ladung ein Feuer. Die Ladung, aus 100 Tonnen Kopal bestehende Ladung, wurde vernichtet.

Neues Grubenunglück.

Auf der Zeche „Graf Bismarck“ bei Bochum ereignete sich ein schweres Unglück. Auf der vierten Sole ging ein Verbindungsstück zu Bruch, wobei drei dort arbeitende Bergleute verletzt wurden. Einer wurde mit schweren Verletzungen aus den Steinmassen herausgeholt, während die beiden anderen, zwei Brüder namens Kattan, erst am Sonntag mittag als Leichen zutage gefördert werden konnten.

Tragödie einer alternden Frau.

Am Sonnabend vormittag hat sich in ihrer Wohnung in Potsdam die 45jährige Kunststickerin Margarete Müller mit Gas vergiftet. In einem hinterlassenen Briefe an ihren um 20 Jahre jüngeren Mann schrieb sie: „Durch meine Tat will ich Dir von jetzt an Dein Leben erleichtern!“ Die Selbstmörderin hatte seit Wochen über heftige Kopfschmerzen geklagt und deswegen auch einen Spezialarzt in Berlin aufgesucht. Bekannten gegenüber hat sie oft davon gesprochen, daß sie wohl für ihren Mann zu alt sei. Die Frau scheint ihre Unglücksstat in dem Wahn begangen zu haben, daß ihr Mann ihr eines Tages untreu werden würde.

Die „Kriegserinnerungen“ des Polizeimajors.

In der Dienstwohnung des Majors der Berliner Schutzpolizei, Hans Lobaume, wurde dieser Tage ein gut erhaltenes Maschinengewehr gefunden. Der Offizier wurde daraufhin seines Amtes enthoben. Außerdem beantragte der Polizeipräsident gegen ihn ein Strafverfahren wegen Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutz der Republik. Lobaume will das Maschinengewehr als eine persönliche Erinnerung an persönliche Erlebnisse im Weltkrieg bei sich aufbewahrt haben. Von wem er das Maschinengewehr erhalten hat, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Zwei Großfeuer im Zentrum und Osten Berlins.

Freitagabend brach in der Niederwallstraße im zweiten Stock der Nähmaschinenfabrik der Salomon-W.G. ein Feuer aus, das bald größeren Umfang annahm. Das Feuer griff so gewalttätig um sich, daß die auf dem Dachboden beschäftigten Arbeiter nur mit Mühe ihre Leben retten konnten. Als die Feuerwehr mit den Löscharbeiten begann, brach plötzlich ein Teil des Dachstuhl mit ungeheurem Gepolter herunter und zerriss einige Schläuche, so daß die Löscharbeiten verzögert wurden. Der Feuerwehrgelung es kurz nach Mitternacht die Gewalt des Feuers zu brechen. Zu der gleichen Zeit entstand in einer Kaviarfabrik in der Holzmarkt-Straße im Osten Berlins aus unbekannter Ursache ein Brand, der rasch größeren Umfang annahm. Das Feuer fand an den dort lagernden sehr großen Holzvorräten reiche Nahrung. Infolge des starken Funkenfluges wurden auch die Dächer der Nachbargebäude von den Flammen ergriffen, so daß die Feuerwehr mit insgesamt zwölf Zügen anrückte, die aus rund 20 Schlauchleitungen Wasser in das Flammenmeer warf. In der dritten Nachmittage ist es nach fast sechsstündiger angestrengter Arbeit der Feuerwehr gelungen, den Brand zu löschen.

Knochenfunde in Berlin.

Auf dem Boden des Hauses Königgräber Straße 46 in Berlin, das zurzeit in eine dänische Kirche umgebaut werden soll, entdeckte am Sonntag ein Bildhauer zwei mit Leder überzogene Knochen, die er öffnete. Dabei kamen unpräparierte Knochenstücke, die anscheinend von einer weiblichen Person stammen und mit Watte und Rohhaar umwickelt waren, zum Vorschein. Die Berliner Kriminalpolizei, die sofort von dem unheimlichen Funde benachrichtigt worden war, beschlagnahmte die Leichenteile. Die Untersuchung durch den Gerichtsarzt dürfte ergeben, ob es sich hier um ein Verbrechen handelt oder nicht. Wie alt die Knochen sind, konnte noch nicht ermittelt werden.

Bei der Rettung ihres Hundes totesgefahren.

wurde in der Warthauer Straße in Berlin die 58jährige Ehefrau Braese. Die Frau wollte ihren Hund retten. Dabei geriet sie selbst unter die Strahlenbahn.

Mit drei Millionen holländischen Gulden.

geflüchtet ist der 42jährige in Riga geborene Kaufmann Liebermann; nach ihm fahnden gemeinsam mit der Berliner Kriminalpolizei zahlreiche Behörden des In- und Auslandes. Der Flüchtige hat die drei Millionen in Gravenhage in Holland untergebracht. Man nimmt an, daß er seinen ständigen Wohnsitz in Riga hat und von dort aus regelmäßig über Deutschland in andere Länder reist.

Bei der Arbeit getötet.

wurde am Freitag der Arbeiter Adolf Groß aus Brandenburg. Auf dem Fabrikgrundstück der Brennaborwerke wurde er durch einen heftigen Wirbelsturm von einem Holzstapel geweht und auf einen mit Mauern beladenen Wagen geschleudert. Groß erlitt einen Schädelbruch, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

Tödlicher Absturz.

In der Nähe des Flugplatzes Staaken stürzte Sonnabend mittag ein Flugschüler beim dritten Alleinflug tödlich ab.

Eine Naturwarte zerstört.

Die vor sechs Jahren errichtete Naturwarte in Mönne, einer Insel bei Stettin, ist durch Feuer vernichtet worden. Alle in mühseliger Arbeit angelegten Pflanzungen wurden zerstört. Die Feuerwehr konnte nur das Stationsgebäude retten.

Ein Mittermord eingekerkert.

In Niederzeugheim bei Limburg an der Lahn ist man einem furchtbaren Verbrechen auf die Spur gekommen. Am 14. März wurde dort die Ehefrau des Landwirts Ludwig Horn im Stall tot aufgefunden. Drei Tage später verhaftete man den 19jährigen Sohn Anton der Ermordeten. Die Staatsanwaltschaft hatte den Verdacht, daß er der Mörder seiner Mutter sei. Anfänglich leugnete Anton Horn hartnäckig. Schließlich verdichtete sich jedoch das Beweismaterial derart, daß der Beschuldigte dem Untersuchungsrichter in der vergangenen Nacht ein volles Geständnis abgelegt hat und darin bekannte, die eigene Mutter mit einem Beil nach einem vorausgegangenen Streit im Stall erschlagen zu haben.

Blutet eines Mannes an Frau und Tochter.

In Stuttgart erkrankte ein von seiner Frau getrennt lebender 40jähriger Mann Freitag früh Einmal in die Wohnung seiner Frau und stach auf sie und seine Tochter mit einem Messer ein. Die Frau erlitt schwere Verletzungen, daß sie kurz nach die Tochter wurde schwer verletzt. Die Täter wurden verhaftet.

Selbstmord eines Siebespaars.

Sonnabend morgen gegen 2 1/2 Uhr fand man auf der Bahndreieck zwischen Eilen-Süd und Eilen-Stadtwald einen jungen Mann und ein junges Mädchen bis zur Unkenntlichkeit verkümmert tot auf. Aus einem hinterlassenen Schreiben geht hervor, daß sie freiwillig den Tod auf dem Scheiterhaufen gesucht haben, weil sie wegen Mittellosigkeit nicht heiraten konnten.

Brandkatastrophe in einem polnischen Dorf.

Im Dorfe Wola Mendowska im Kreise Przasniz sind in der Nacht zu Donnerstag 31 Häuser durch einen Brand zerstört worden. Zwei Frauen, die im Schlafe vom Feuer überrascht wurden, sind verbrannt.

90 Personen vergiftet.

In Minsk (Rußland) mußten nach dem Genuß vergifteter Salzgurken, die Arsenit enthielten, 90 Personen in Krankenhäuser eingeliefert werden. 22 Erkrankte befinden sich in Lebensgefahr.

Untergang eines schwedischen Dampfers.

Der schwedische Dampfer „Citos“, der sich auf der Fahrt von New Orleans nach Alexandria befand, wurde in der Höhe von Tarifa bei einem starken Sturm schiffbrüchig. Donnerstagabend landete der Dampfer Hilfsboote aus. Sodann begab sich die Besatzung in die Rettungsboote. Ein britischer Zerstörer stellte die ganze Nacht hindurch ergebnislose Nachforschungen nach den Schiffbrüchigen an. Dagegen gelang es dem britischen Dampfer „Domalo“ ein Rettungsboot aufzufinden, an dessen Bord sich 12 Personen befanden. Ein zweites Rettungsboot mit 11 Personen wird noch vermisst. Der Dampfer „Citios“ ist gesunken.

Schaltjapans Spielzeug.

Eine Kommission des Sowjets in Kasan hat das vor einiger Zeit beschlagnahmte Haus des bekannten russischen Bassisten Schaltjapin durchsucht und dabei Spielzeug im Werte von 2000 Rubeln, das der Sänger seinen Kindern geschenkt hatte, beschlagnahmt. Das prächtige Landhaus wird jetzt in eine Kolonie für obdachlose Kinder umgewandelt und das Spielzeug soll unter die neuen Insassen verteilt werden.

Unfall eines englischen Unterseebootes.

Wie die englische Admiralität bekannt gibt, ist das Unterseeboot P 4 bei einer Tauchübung auf der Höhe von Norland mit dem Torpedobootszerstörer „Thrustor“ zusammengestoßen. Anscheinend ist nur das Periscope beschädigt worden.

Explosion auf einem englischen Kriegsschiff.

Sonnabend morgen wurde durch eine Explosion auf dem Flugzeugmuttereschiff Courageous, das zurzeit in Devonport an der Westküste liegt, ein Mann getötet, während drei andere schwere Verletzungen erlitten.

Mord an einer Greisin in Riga.

In Riga wurde eine hochbetagte deutsche Hausbesitzerin auf bestialische Weise ermordet. Der Mörder ist geflohen. Es handelt sich um den Sohn des Hausmeisters in dem fraglichen Hause. Als die Polizei an dem Tatort eine genaue Hausdurchsuchung vornahm, entdeckte sie in der Matratze des Bettes verdeckt mehr als eine Million Rubel in Dollarmoten. Anscheinend ist es dem Mörder darauf angekommen.

Karbidexplosion auf einem Fischtutter.

Auf einem Fischtutter von den Faröern, der an der Küste von Island Fischfang trieb, ereignete sich ein eigenartiges Explosionsunglück, dem sechs Menschenleben zum Opfer fielen. Eine Sturzes, die in die Mannschafstajüle einbrach, warf einen großen Blechbehälter mit Karbid um. Sofort entwickelte sich Gas, das sich an einer Lampe entzündete und eine starke Explosion verursachte. Sechs Mann der neun Köpfe zählenden Besatzung erlitten teils der Vergiftung, teils Brandwunden. Es gelang den drei Überlebenden nur unter großen Anstrengungen, des Feuers Herr zu werden und das beschädigte Fahrzeug mit ihren toten Kameraden nach Neqhavik zu bringen.

Paris liegt über Berlin im Fußball.

Im Pariser Stadion fanden sich am Sonntag die Fußballmannschaften der Hauptstadt Berlin und Paris gegenüber. Die Berliner Mannschaft verlor das Spiel mit 4:1. Dem Kampfe wohnten mehr als 15 000 Zuschauer bei.

Ein interessanter Urheberprozess.

begann am Sonnabend vor dem Pariser Handelsgericht. Von seinem Ausgang hängt das Schicksal der kürzlich ausgegebenen neuen französischen 50-Frankennoten ab. Die Erben des Malers, der den Entwurf der Note ausgeführt hatte und gestorben ist, haben die Bank von Frankreich ersucht, die Note freiwillig aus dem Verkehr zu ziehen, da die Arbeit des Künstlers durch die Reproduktion verunstaltet sei. Die Bank hat diese Forderung abgelehnt. Das Urteil soll am nächsten Dienstag verkündet werden.

Ein verwegener Juwelendiebstahl.

wurde in der Nacht zum Sonnabend in Paris verübt. Eine Bande von vier Einbrechern drang unbemerkt in eine Privatwohnung ein, erbrach zwei Schließfächer und entwendete Edelsteine und Schmuckstücke im Werte von 1 Million Franken; das Einbruchswerkzeug ließen die Verbrecher zurück.

Sturmweiter in Frankreich.

In Frankreich und an den französischen Küsten herrscht Sturmweiter. Mehrere Schiffe waren in Gefahr und mußten in die Häfen zurückkehren. Auch der Sturm wurde das Gefallenen-Denkmal in St. Gilles umgestürzt. Durch eine Sturmflut wurde in St. Nazaire der Damm, der den Boulevard de l'Océan schützt, fortgerissen. Im Hafen ging ein Fischdampfer, der von seinem Ankerplatz abgetrieben wurde, unter. Auch an der Gironde-Mündung wüthete ein heftiger Sturm. In einem Vorort von Bordeaux wurden zwei große Ladebrücken zerstört. Sturm und Hochwasser haben auch an der Riviera Verheerungen angerichtet. Die Rhône und sämtliche Küstenflüsse steigen infolge des anhaltenden Regens ständig.

27 Autobus-Passagiere verletzt.

In der Umgegend von Algiciras stürzte ein Autoamibus um. Von den 27 Insassen wurden 24 verletzt, darunter einige schwer. Es sind auch verschiedene Ausländer zu Schaden gekommen, so zwei Töchter des Gouverneurs von Gibraltar. Die Verletzten waren drei Stunden ohne ärztliche Hilfe.

Drei Jahre Zuchthaus gegen Reil beantragt.

In dem Betrugprozess gegen Arthur Reil beantragte der Staatsanwalt wegen fortgesetzten Betruges unter Verletzung mildernder Umstände drei Jahre neun Monate Zuchthaus, 2000 Mark Geldstrafe und fünf Jahre Ehrenverlust. Die Schatzkammer hatten ein Urteilstück über den „schwarzen Exploitant“ abgegeben, und kamen zu dem Ergebnis, daß dieses Urteil wertlos sei und daß es bei den Stapelwertes Reils unmöglich sein würde, die notwendigen Lebensunterhalte für die einzelnen Werten bei Berliner Buchmachern unterzubringen.

80 Jahre Kommunistisches Manifest.

Von Benedikt Kautsky (Wien).

Zu Anfang des 19. Jahrhunderts begann die kapitalistische Entwicklung, die in den Ländern Westeuropas, namentlich in England, Frankreich, Belgien und Holland, schon früher große Fortschritte gemacht hatte, auch in Deutschland ein rascheres Tempo einzuschlagen. Insbesondere am Niederrhein und in den Tälern der Rupper und der Ruhr begann der Aufschwung der dort seit langer Zeit eingefessenen Textilindustrie. Elberfeld und Barmen, zwei Städte, die heute noch in der deutschen Textilindustrie eine ausschlaggebende Rolle spielen, wurden damals zum Zentrum eines aufstrebenden Industriegebietes. Eine Ergänzung fand die Textilindustrie in der Eisen- und Kohlenproduktion des Ruhrgebietes.

Im Zusammenhang mit der Industrie entwickelt sich in Deutschland wie überall das moderne Industrie-Proletariat. Aus dem Handwerksgehilfen, dem Bruder Straubinger, wird allmählich der moderne denkende und führende Proletarier, der nicht mehr wie der Handwerksgehilfe damit rechnet, später einmal selbst Meister zu werden, sondern der sich darüber klar wird, daß er sein Leben lang Lohnarbeiter bleiben muß. Freilich vollzieht sich dieser Übergang nur langsam und es hat in der Arbeiterklasse selbst Kämpfe genug gegeben, bis sich der deutsche Proletarier von der Denkweise des Handwerksburschen freigemacht hat. Charakteristisch für die Denkweise dieser Übergangszeit ist der Sozialismus Wilhelm Weitlings.

Erst in den vierziger Jahren beginnt sich die moderne Richtung des Sozialismus unter der deutschen Arbeiterklasse durchzusetzen. Daß es dazu gekommen ist, ist dem Zusammenwirken der verschiedensten Strömungen zu verdanken. Auf der einen Seite stehen die Vertreter der demokratischen Richtung, die damals auch noch — wie haben sich die Zeiten später geändert! — in den protestantischen Burschenschaften herrschte und die unter dem Metternichschen System in ganz Deutschland verfolgt wurde. Auf der anderen Seite stehen die deutschen Arbeiter, die unter dem Einfluß der Arbeiterbewegung Frankreichs und Englands im Ausland zu Sozialisten wurden. Deren Rolle ist nicht zu unterschätzen, da damals das Wandern, die „Walz“ der Arbeiter eine wesentlich größere Rolle spielte als heutzutage. Auf diese Weise gelangte namentlich der Weingehalt des französischen Sozialismus in die deutsche Arbeiterbewegung.

Zu diesen beiden mehr instinktiven und unwillkürlichen Richtungen gesellte sich schließlich der wissenschaftliche Sozialismus von Marx und Engels. Beide stammten nicht aus dem Proletariat, sondern aus dem Bürgertum, Marx als Sohn eines Erzieher Rechtsanwalts, Engels als der eines Textilfabrikanten aus Barmen. Auf verschiedenen Wege waren sie beide zu der gleichen Auffassung vom Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gekommen. Engels hatte sie in ihren praktischen Auswirkungen in England kennengelernt und das Ergebnis seiner Studien in der heute noch lesenswerten Schrift über „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ niedergelegt. Marx war auf dem Wege über Philosophie und Geschichtsforschung zum Studium des französischen Sozialismus und der theoretischen Nationalökonomie gekommen.

Beide trafen sich im Jahre 1844 in Paris und hatten hier Gelegenheit, ihrer prinzipiellen Übereinstimmung in einer allerdings nur kurzlebigen Zeitschrift, den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“, schriftlich Ausdruck zu verleihen. Ihre wichtigste Erkenntnis, daß der wesentliche Inhalt der Geschichte der Menschheit Kampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, des Sklaven gegen seinen Herrn, des mittelalterlichen Hörigen gegen den abligen Grundbesitzer oder des Lohnarbeiters gegen den kapitalistischen Unternehmer anknüpft. Aus dieser Erkenntnis folgerten Marx und Engels die zweite, weitergehende, daß auch die kapitalistische Gesellschaftsordnung nur ein Abschnitt in der allgemeinen menschlichen Entwicklung sei, der durch eine andere Stufe abgelöst werden würde. Als diese neue Stufe der Entwicklung sahen sie die sozialistische Gesellschaftsordnung an.

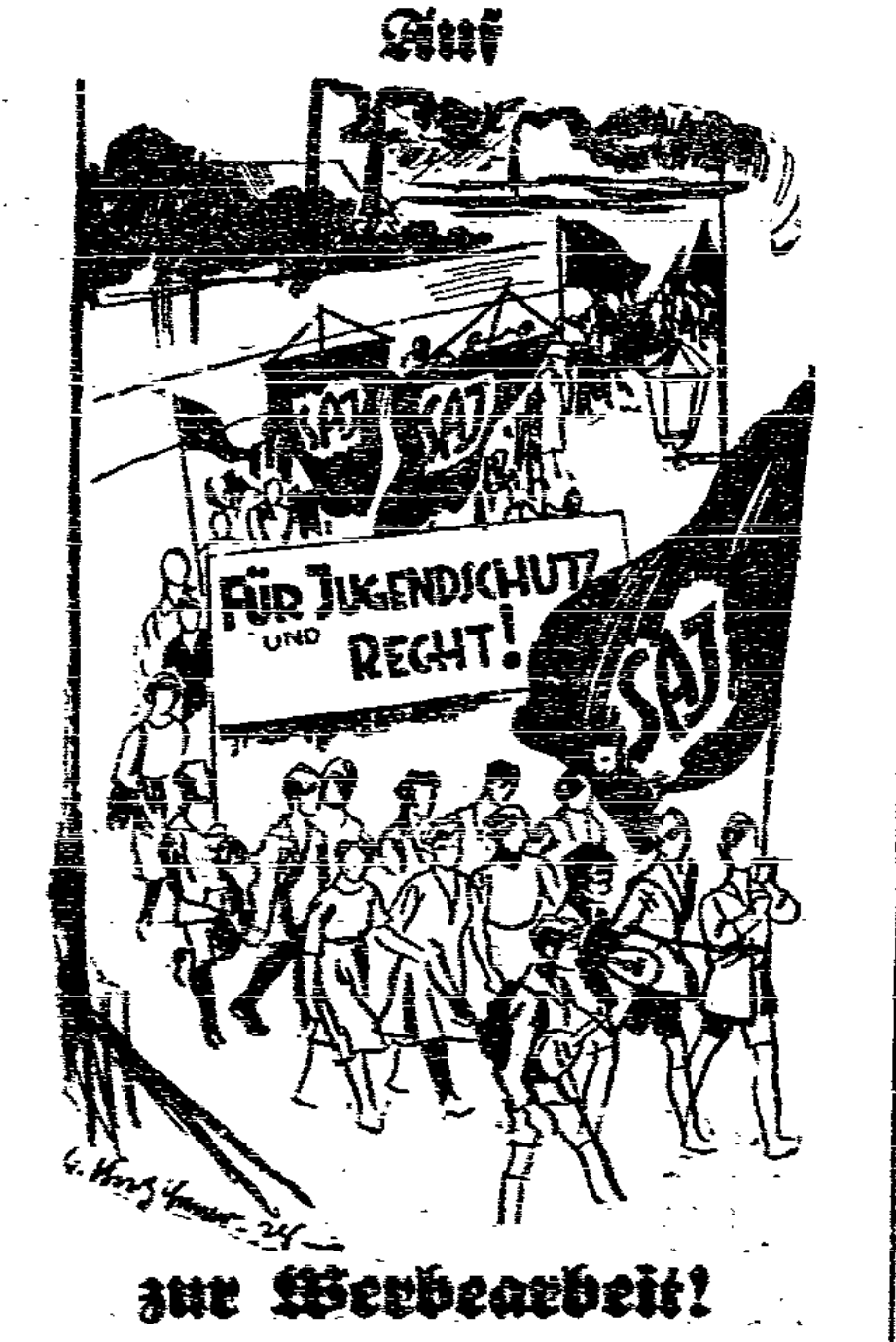
Der Träger in diesem Kampf um den Sozialismus konnte nur die neu entstehende Klasse des Proletariats sein. Durch diese Erkenntnis unterschieden sie sich grundlegend von den utopischen Sozialisten, die Fourier und Owen, die Pläne für sozialistische Gemeinwesen entwarfen und diese Pläne mit Hilfe menschenfreundlicher Reicher oder Mächtiger durchzuführen hofften. Der Gedanke, den Marx später bei der Begründung der ersten Internationale dahin formuliert, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur die Arbeiterklasse selbst sein könne, war schon damals bei ihrer politischen Betätigung maßgebend.

Es geschah die tiefe Einsicht von Marx und Engels dazu, um in den Anfängen der kapitalistischen Entwicklung und in den Vorläufern des modernen Proletariats schon die Träger der künftigen Entwicklung zu erkennen. Sobald Marx und Engels zu dieser Einsicht gelangt waren, zogen sie die notwendigen Folgerungen aus ihr und schloßen sich der Organisation an, von der sie hoffen konnten, daß sie sie am ehesten zum Träger ihrer Ideen machen könnten.

In England, namentlich in London, Paris, Straßburg und der Schweiz bestanden kleine Gesellschaften von Arbeitern und Gewerkschaften, die infolge der Verfolgungen in der Heimat im Ausland eine neue Heimat finden mußten. So bestand in London ein „Bund der Gerechten“, der zwar noch weit unter dem Einfluß handwerklich-qualifizierter Gewerkschaften stand, aber sich doch allmählich zu einem „Bund der Sozialisten“ entwickelte. In Straßburg hatte Marx, der bald nach dem Einzug der „Deutsch-französischen Jahrbücher“ Paris hatte verlassen mußte, zusammen mit Engels ein kommunistisches Propaganda-Komitee gegründet, dessen Aufgabe die Verbreitung kommunistischer — das bedeutet im heutigen Sinne kommunistischer — Propaganda sein sollte. Engels hatte es übernommen, die Verbindung mit den deutschen Sozialisten in Paris aufrechtzuerhalten.

Anfang 1847 wandten sich die Mitglieder der Londoner Organisation an das Brüsseler Komitee, um eine engere Verbindung herzustellen. Dieser Versuch glückte, und im Sommer 1847 trat in London der erste Bundeskongress zusammen, auf dem Engels die Pariser und Wilhelm Wolff die Brüsseler Mitglieder vertrat. Marx konnte aus Mangel an Geldmitteln nicht am Kongress teilnehmen. Auf diesem Kongress kam es zu einer vollständigen Einigung, die dazu führte, daß der „Bund der Gerechten“ in den „Bund der Kommunisten“ umgetauft wurde und neue Statuten bekam.

Diese Statuten gliederten den Bund in Gemeinden, Kreise, leitende Kreise, Zentralbehörde und Kongress. Die entscheidende Bestimmung war die, daß jede Gemeinde aus wenigstens drei und aus höchstens 20 Mitgliedern bestand. Daraus geht der Charakter des Bundes als einer Geheimgesellschaft mit Deutlichkeit hervor. Die Gemeinden wurden dann zu Kreisen, die Kreise zu leitenden Kreisen, diese wiederum durch die Zentralbehörde zusammengeschlossen.



Die Demokratie unter den Mitgliedern sollte durch den Kongress hergeleitet werden. Wenn auch Marx und Engels in der Zeit der übermächtigen Polizeiherrschaft unter jüngerer Zensur genötigt waren, zur Gründung einer Geheimgesellschaft ihre Zustimmung zu geben, so waren sie doch weit davon entfernt, diese Geheimgesellschaft zu einer Verschwörerzelle werden zu lassen. Der „Bund der Kommunisten“ sollte nach ihrer Ansicht der Ausgangspunkt einer Propaganda-Aktion unter den Arbeitern sein.

Nachdem die Gemeinden die neuen Statuten genehmigt hatten, wurde für den Herbst 1847 ein neuer Kongress nach London einberufen, dessen wichtigste Aufgabe der Entwurf eines Programms war. Die Debatten darüber waren eingehend und gründlich — sie haben mindestens zehn Tage gedauert — und endeten damit, daß die Gedankengänge von Marx und Engels als maßgebend anerkannt und beide beauftragt wurden, dem Programm die endgültige Form zu geben.

Aus Stadt und Provinz.

Niederschlesische Bezirkskonferenz.

Als im August im Jahre 1927 die erste Bezirkskonferenz unseres Bezirkes nach der Auflösung des Landesverbandes stattfand, da haben die Mitglieder der Organisation dem Kommanden eines lang erwarteten. Diese Konferenz ist nicht nur notwendig gewesen. Der Bezirk hat sich im Geschäftsjahr 1927 glänzend gehalten und die diesjährige Bezirkskonferenz, die im Herbst wieder in Posen tagte, gab ein Bild von dem ungetrübten Aufschwung der gewinnbaren und blühenden.

Die Delegierten versammelten sich 9 Uhr morgens im Saal der „Gartenstadt“, einen für die Posenen Arbeiterklasse historisch bekannten, ja auch heiligen Ort. Der große Saal der Gärten sollte den ersten geschichtlichen Saal des neuen Landes sein. Nach dem und dem Ende wurde die Tagung durch den Vorsitzenden, Genossen Schmitt, eröffnet. Die ersten Erwähnungswörter galten dem Kommanden der Partei des ADGB und der Bundeskonferenz. Der Vorsitzende sprach mit Begeisterung über die Bedeutung der Sache hierbei (Gärtig) des Part, um den Geschäftsbericht für 1927 zu geben. Dem Geschäftsbericht folgte eine sehr eingehende und sehr interessante Diskussion über die Tätigkeit des Bezirksverbandes. Die Diskussion kam auch in der Besprechung des Bezirksverbandes zum Ausdruck. Einzig sollte im Laufe der diesjährigen Konferenz der Kommanden Schmitt, der Vorsitzende der Konferenz, die Bedeutung der Tagung für die Posenen Arbeiterklasse und die Bedeutung der Tagung für die Posenen Arbeiterklasse betonen. Die Tagung wurde durch den Kommanden Schmitt, der Vorsitzende der Konferenz, die Bedeutung der Tagung für die Posenen Arbeiterklasse und die Bedeutung der Tagung für die Posenen Arbeiterklasse betonen.

die Bedeutung der Reichskonferenz hinweisenden Ausführungen des Genossen Haude ein edler Wettstreit der Unterbezirke gegen einander. Jeder Unterbezirk glaubte auf Grund seiner geleisteten Arbeit, seiner Mitgliederzahl, seiner sonstigen Bedeutung nach Anspruch auf einen Delegierten zu haben. Die Mängel kamen mit ihren Ansprüchen leider etwas zu spät und in der nach der Debatte stattfindenden Wahl wurde keine weibliche Delegierte gewählt. Die hohe Stimmenzahl für die in Aussicht genommene Genossin bewies aber, daß das Prinzip der Gleichberechtigung beider Geschlechter in unsern Wünschen aufrichtige Vertreter findet. (Das scheint uns zwar sehr höflich ausgedrückt, aber trotzdem nicht weniger ansehbar. Aufgabe der Jugend ist es in erster Linie mit der gewohnheitsmäßigen Zurückstellung des weiblichen Geschlechts zu brechen. Red. d. „Volksw.“) Zur Reichskonferenz wurden als Delegierte gewählt die Genossen Zell-Weinitz, Selberg-Langens, Wummert-Penzig.

Bei gespanntem Interesse sämtlicher Anwesenden wurde nun der dritte Punkt der Tagesordnung behandelt: Reichsjugendtag in Dortmund. Er soll für die Gesamtorganisation ein besonderer Kampftag werden und zum Erstarren unserer Bewegung wesentlich beitragen. Dann folgte das Referat des Verbandsvorsitzenden Genossen Westphal-Berlin. Die Arbeiterjugend und das Kampfsjahr 1928. Die Diskussion gemeinsam wurde, stürzte Genossin Haude anschließend die weitere Arbeit der Bezirksorganisation. Damit war die Tagesordnung der Konferenz erschöpft und Genossin Hebel-Görlich konnte mit Recht in seinen anfeuernden Schlussworten darauf hinweisen, daß es nach dem in der Konferenz gezeigten Arbeitseifer aufwärts und vorwärts gehen müsse. Die wichtigen Rhythmen der „Internationalen“ schloßen die selten schöne Tagung würdig ab.

Eidideldum, eidideldum!

Regierliche Bemerkungen über ein höchstbisch organisiertes Jugend-Tanzfest.

Sei lewet noch! Nämlich die bürgerliche Jugendbewegung. Wer daran zweifelte, konnte sich am „Fest der Jugend“ im vergangenen Monate davon überzeugen. Auf welchem Bütteln kündigte man an:

Volkstanzring Mittelschlesien — Festfolge von 17—22 Uhr, großer Saal des Konzerthauses.

Wer nicht im Besitze einer „Ehrenkarte“ war, zahlte 2,50 Mark (!) Eintritt. Neugier und der Wunsch einer solchen „Ehrenkarte“ trieb mich hin. In das bunte und vornehme Gewimmel. Weißgedeckte Tische, das Sonntags-„fil“ Kleid und die „bessere“ Luft schien vorzuzielen zu sein. Dazwischen — ich empfand merkwürdigerweise keinen allzu schroffen Gegensatz — hochnobis Gestalten im Smoking. Dann buntbemalte und -bedruckte Stuhlen, an deren Pfosten man ersah, daß sie sich erst jüngst auf dem Bauhofen die äußeren Kennzeichen des Akademikers — wie soll man sie sonst später einmal von den „gewöhnlichen“ Menschen unterscheiden — verschafft hatten. Manah Aelteren fand ich, mit dem man früher gefritten, diskutiert hatte, der einst Probleme wälzte, und der sich heute im „Schmuck“ seiner Orden präzierte. Das „Eiserne erste Klasse“ auf dem Fahrkartensattel — dafür fehlte mir Rögler allerdings das nötige Verständnis. Auf den Tischen standen Tafeln. Also, also die Firma des Bundes. Aber man las: Hufarenant, Rheinländer, Pariser Volks, Walsamagurka und einige Dugend anderer Tänze mehr.

Das Fest begann. Sehr feierlich! Ein „Regierungsrat“ sprach wohlgeheiligte Worte der Begrüßung. O, er hatte sich schon informiert, was bei der Jugendbewegung als „günstig“ zu sagen ist. Mit freundlichem Wohlwollen hat die Regierung diesen Abend ermöglicht, um dieser verderbten Zeit eine andere Note zu geben. So ungefähr klang seine Rede aus. Lebhafter Beifall. Ein Tanzmärchen von Anna Helms „Wischenbrödel“, von Mozarts Garten Weisen begleitet, wurde gut und mit viel Hingabe gespielt. Dann trat „der Tanz in seine Rechte“. Gegen dreißig Tänze kündigte das Programm an. Rasch war „der Saal geräumt“. Ein Vortanzpaar tanzte vor, dann tanzte alles nach und mit. Aufforderung zum Tanz. Man verstand sich zu benehmen. Nur ein paar Proletarierburschen und -mädchen standen irgendwo abseits, konnten sich hier nicht so recht hineinfinden. Vertreter der Behörden dagegen schauten zufrieden diesem Treiben zu. Aus dieser Jugend, die dem „edlesten Gute des deutschen Volkes“, läßt sich schon eher etwas beginnen, als mit den trotigen Kerlen von damals, die — aus eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, mit innerer Wahrsamkeit das Leben gestalten“ wollten. Dieser Jugend soll man die Hände reichen. Und die bürgerliche Jugend, stolz auf solche Protection, schlug bereitwillig ein. Verließ die Kampfpläne ihrer Tagungen und fügt sich heute wohl auf dem Tanzboden eines behördlich organisierten Volkstanztranges, begnügt sich mit Regierungsräten und ebenfalls geladenen „alten Herrschaften“.

Eidideldum, eidideldum! Möge diese Jugend tanzen, bis sie ihren Platz im bürgerlichen Leben gefunden und „Bürger“ geworden. Die proletarische Jugend aber rüftet sich zum Kampf. Nicht auf Tanzfesten, sondern in den Wahlschlachten, nicht in sozialer Harmonie, sondern im Kampfe für eine bessere Gesellschaftsordnung werden beide Flügel Begegnung finden. —ig.

Auf zum 1. freigewerkschaftlichen Reichsjugendtreffen.

Anfang September 1928 findet in Hamburg der 13. Kongress des ADGB statt. Das Parlament der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft wird sich versammeln, um Rechenschaft über die Tätigkeit des letzten Jahres abzulegen, seine Richtung und aufgabenweisend zu wirken. Aber nicht nur die Führer der erwachsenen Arbeiterschaft wollen sich zu erster Arbeit zusammenfinden, auch die gewerkschaftlich organisierte Jugend des Reiches soll aufmarschieren, Heerschau halten und den allen Kollegen zeigen, daß die Jugend am Kampfe der Arbeiterschaft interessiert und beteiligt ist. Darum rüftet alle für unser Reichsjugendtreffen, beruht die Wanderpartien der Jugendgruppen und die der Kommitte, damit auch die schlesische Freigewerkschaftsjugend würdig vertreten ist. Alles weitere teilen die einzelnen Gruppenleitungen mit.

Alkohol.

Ich erinnere mich, wie ich einmal in Deutschland draußen während der letzten Wahlen mit einer Anzahl von Genossen zusammengekommen bin. Da war der ganze Abend von nichts anderem die Rede als von Wein und Bier. Und beim Reden ist es wahrlich nicht geblieben! Demals hatte ich das bestmögliche Gefühl: Wenn es in diesem Orte auch nur den kleinsten Arbeiter-Abtrünnerten geben gäbe, auch nur ein Dugend abtrünnerte Herrmannen, dann war die paar Partei- und Gewerkschaftsführer dort abtrünnert wären, dann würden die anderen Genossen nicht mit solcher Begeisterung vom Essen reden und würden sie nicht halb so viel trinken!

